Aktuelles über die Corona-Krise...

...in Deutschland und der Welt

Umfassender RT-Bericht[1] - https://deutsch.rt.com/ - vom 21.3.2020

Immer mehr Menschen infizieren sich mit dem Corona-Virus. In Deutschland stieg die Zahl der bestätigten Fälle auf über 15.300. Weltweit sind derzeit 149 Staaten von der Pandemie betroffen. Europas Virus-Epizentrum bleibt Italien. Gestern starben mehr als 420 Menschen.

21.03.2020 **11:23 Uhr - Mann mit positivem Corona-Ergebnis tot in seiner Wohnung gefunden**

In einer Wohnung in Flörsheim ist ein älterer Mann tot aufgefunden worden, der nach Behördenangaben vermutlich an den Folgen einer Corona-Virus-Infektion gestorben ist. Das berichtet *Focus Online*. Damit wäre es der dritte Corona-Todesfall in Hessen. Dem Mann sollte am Freitagabend das – positiv ausgefallene – Testergebnis auf den Erreger SARS-CoV-2 überbracht werden, wie ein Polizeisprecher am Samstag berichtete. Als der Mann die Tür nicht öffnete, seien die Einsatzkräfte in Vollschutzkleidung in die Wohnung gegangen.

Nach Angaben des Main-Taunus-Kreises gehörte der Mann wegen seines hohen Alters und Vorerkrankungen zur Risikogruppe. Eine traurige Nachricht für uns alle", sagte Gesundheitsdezernentin Madlen Overdick einer Mitteilung zufolge.

09:58 Uhr - Corona-Krise mit Kindesaugen

Die 10-jährige Emely malt mit Kreide 'Corona ist blöd' auf einer Straße am 19. März 2020 in Dortmund:

Quelle: AFP © Ina Faßbender

09:37 Uhr - Bayerischer Innenminister: Ausgangsbeschränkungen werden weitgehend eingehalten

Die seit Mitternacht geltenden Ausgangsbeschränkungen in Bayern werden nach Angaben von Landesinnenminister Joachim Herrmann (CSU) weitgehend eingehalten.

Es hat da und dort noch ein paar Gruppen von Jugendlichen gegeben, die da irgendwo in der Öffentlichkeit kleinere Partys durchgeführt haben. Die sind dann von der Polizei nach Hause geschickt worden", sagte er am Samstagmorgen dem Bayerischen Rundfunk. "Aber insgesamt konnten wir in der vergangenen Nacht keine besonderen Probleme feststellen." Die Polizei werde den ganzen Tag über kontrollieren, ob sich die Menschen an die Maßnahmen halten.

---

[1] Der Bericht läuft umgekehrt chronologisch, neue Meldungen wurden also nicht hinten, sondern vorne angefügt, eingefügte Datums zeigen die einzelnen Einfügschritte an...

Seit Mitternacht gelten im gesamten Freistaat weitreichende Ausgangsbeschränkungen, mit deren Hilfe die Ausbreitung des Coronavirus eingedämmt werden soll. Das Verlassen der eigenen Wohnung ist nur noch mit triftigen Gründen erlaubt wie dem Weg zur Arbeit und zu nötigen Einkäufen, dringende Arztbesuche, aber auch Sport und Spaziergänge an der frischen Luft - dies aber in der Regel alleine.

22:35 Uhr - Berlin will weitere Einschränkungen

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat angekündigt, dass es auch für die Hauptstadt härtere Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Krise geben wird. Der Senat solle vorbereiten, dass es zu Restaurantschließungen komme, sagte er in der *rbb*-"Abendschau" am Freitagabend. Bislang müssen diese Lokale ab 18.00 Uhr zumachen. Künftig solle es dann nur noch Abhol- und Lieferdienste geben. Auch Versammlungen unter 50 Menschen sollten untersagt werden, kündigte Müller an.

Einige Bürger hätten immer noch nicht verstanden, dass Deutschland in einer Krisensituation sei, kritisierte der Regierungschef. Auch Berlin werde deshalb zu härteren Maßnahmen kommen.

Allerdings soll eine Ausgangssperre möglichst vermieden werden. "Eine Ausgangssperre, wenn Kinder, die auf engstem Raum vielleicht in Familien leben, über Monate nicht mehr raus können, wird dramatische soziale Folgen haben." Müller wolle dies soweit wie möglich vermeiden, sagte er. Die Maßnahmen sollten in enger Abstimmung mit Brandenburg erfolgen. (dpa)

22:26 Uhr - Dramatischer Appell: "Der Mittelstand wird fallengelassen. Das ist eine Katastrophe."

Die aufgrund der Corona-Pandemie beschloßenen Maßnahmen treffen nicht nur die großen Wirtschaftsunternehmen, sondern vor allem kleinere Mittelständler, Kleinstbetriebe und Freiberufler. Zwar versichert die Bundesregierung alles für sie zu tun, aber bei den Betroffenen kommt von der Hilfe offensichtlich nur sehr wenig an. Bäckermeister Gerhard Bosselmann aus Hannover, wandte sich in einem bewegenden Appell an die Politik und warf ihr gleichzeitig vor, den Mittelstand fallenzulassen. "Das ist eine Katastrophe", warnte der Bäcker.

22:06 Uhr - Frankreich: Polizei verhängt Bußgelder gegen Obdachlose

Die Fédération des acteurs de la solidarité (FAS), ein Dachverband von rund 800 Hilfsorganisationen in Frankreich, gab am Freitag bekannt, dass die Polizei in einigen Städten Bußgelder gegen Obdachlose verhängt habe, weil diese die Ausgangssperre missachtet hätten. Das soll wohl zumindest in Bayonne, Lyon und Paris vorgekommen sein, erklärte die FAS und verlangte das "sofortige Ende der Strafmaßnahmen".

21:43 Uhr - Polizei in Belgien kontrolliert Ausgangssperre mit Drohnen

Mit Drohnen kontrolliert die Polizei in Brüssel die verhängte Ausgangssperre, wie sie selbst über Twitter mitteilte. Insbesondere in Parks will die Polizei so sicherstellen, dass sich Spaziergänger oder Jogger an die Mindestabstandsvorgaben halten und sich nicht heimlich in größerer Zahl treffen. Mit dreisprachigen Durchsagen werden die Passanten an diese Regeln erinnert. Bei Zuwiderhandlungen werden empfindliche Bußgelder verhängt: 350 Euro für Erwachsene und die Hälfte davon für Jugendliche.

21:05 Uhr - Brasilien ruft Notstand aus

Brasilien hat wegen der Ausbreitung des Corona-Virus den Notstand erklärt. Nach der Abgeordnetenkammer verabschiedete am Freitag auch der Senat den entsprechenden Entwurf eines Gesetzesdekrets. Damit werden Finanzmittel zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie frei. Unter anderem ist geplant, Freiberufler und Tagelöhner mit monatlich 200 Reais (35 Euro) zu unterstützen. Sie leiden besonders unter den Folgen der Corona-Virus-Krise.

Die Abstimmung fand erstmals per Videokonferenz statt. Der Präsident des Senats, Davi Alcolumbre, und der Senator Nelsinho Trad sind bereits mit dem Corona-Virus infiziert. Trad gehörte zu der brasilianischen Delegation, die mit Präsident Jair Bolsonaro zu einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump nach Florida gereist war. Mindestens 22 Mitglieder der Delegation wurden inzwischen positiv auf das Virus getestet. Die Zahl der Corona-Virus-Infizierten in Brasilien lag zuletzt bei mehr als 600, sieben Menschen sind gestorben. (dpa)

20:36 Uhr - EU-Industrieminister fürchten Unterbrechung der Lieferketten

Trotz wiederholter Bemühungen um einen reibungslosen Güterverkehr in der Viruskrise droht nach Auffassung der europäischen Industrieminister weiter eine folgenschwere Unterbrechung der Lieferketten. Das wurde bei einer Videokonferenz der Minister am Freitag deutlich.

20.03.2020 19:58 Uhr - Brandenburg verzichtet vorerst auf Ausgangssperre

Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sagte am Freitag in Potsdam, dass Brandenburg vorerst keine Ausgangssperre oder -beschränkungen verhängen wolle. Zumindest für die nächsten Stunden und Tage wolle er das ausschließen, meinte Woidke. Zunächst gelte es, die bereits getroffenen Maßnahmen während den nächsten Tagen auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. "Ich habe für Brandenburg einen sehr, sehr guten Eindruck", sagte der SPD-Politiker, und er setze darauf, dass "die Menschen die Maßnahmen mittragen".

Insgesamt gibt es in diesem Bundesland 265 mit dem Corona-Virus infizierte Menschen (Stand 20. März), davon sind 61 in den vergangenen 24 Stunden hinzugekommen. Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne)

sagte dazu: "Es sind noch wenige Patienten in Brandenburg, die der stationären Behandlung bedürfen." "Wir haben auch erst ganz vereinzelt Beatmungsfälle, aber wir wissen, es wird jetzt drastisch zunehmen", fügte die Ministerin hinzu.

19:31 Uhr - Befürchtet Merkel soziale Verelendung durch Ausgangssperren?

Immer mehr Menschen fragen sich, warum die Bundesregierung so mit der Entscheidung zaudert, entschlossen gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie vorzugehen. Der Ministerpräsident des Saarlands Tobias Hans (CDU) beschuldigte die Regierung in Berlin gar der Fahrlässigkeit. Wie die *Süddeutsche Zeitung* in Erfahrung gebracht haben will, soll Kanzlerin Angela Merkel "in kleiner Runde" Bedenken geäußert haben, dass es durch eine richtige Ausgangssperre über einen möglicherweise längeren Zeitraum zu vielen Suiziden wegen sozialer Verelendung kommen könnte. Dieser Theorie stimmen zumindest viele Nutzer unter einem Tweet von *Zeit*-Kolumnist Erik Flügge zu, der das Thema aufgegriffen hatte.

18:48 Uhr - In Italien steigt die Zahl der Infizierten und Todesopfer weiter stark an

Die italienischen Behörden melden einen neuen traurigen Rekord: Von Donnerstag auf Freitag sind 627 Menschen nachweisbar mit dem Corona-Virus infizierte Personen verstorben, was den traurigen Tageshöchstwert seit Ausbruch der Pandemie darstellt. Insgesamt sind bis jetzt (Stand 20. März) 4.032 Menschen in Italien daran gestorben. Die Zahl der Infizierten beträgt 47.021 Personen.

18:25 Uhr - Saarland erlässt Ausgangssperre-light ab Samstag

In Saarbrücken kündigte Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) am Freitag an, dass in seinem Bundesland ab Mitternacht Ausgangsbeschränkungen gelten. Die eigenen vier Wände dürfe man dann nur noch verlassen, wenn man dafür einen triftigen Grund hat, sagte Hans. Dazu zähle der Arbeitsweg, Einkaufen und Arztbesuche. Allerdings dürfe man auch weiterhin ins Freie gehen, "gemeinsame Spaziergänge etwa in der Familie mit Abstand zu anderen bleiben weiter möglich". Man wolle schließlich niemanden einsperren, sagte der CDU-Politiker. Hans kritisierte die Bundesregierung scharf dafür, dass es keine einheitliche Regelung gibt und jedes Bundesland selbst entscheiden soll, was es für richtig und angemessen hält.

18:01 Uhr - Bund Deutscher Kriminalbeamter warnt vor häuslicher Gewalt bei Ausgangssperren

In einem Interview mit dem *Handelsblatt* am Freitag warnte der Vorsitzende vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Sebastian Fiedler, vor den Folgen von Ausgangssperren. Er bemängelte zwar die Ignoranz vieler Menschen, die – trotz der Appelle von Behörden, sich zu Hause aufzuhalten – nach wie vor in Gruppen unterwegs sind, hält aber das Verhängen von Ausgangssperren für falsch.

"Dennoch hielte ich Ausgangssperren aus einer Reihe von Gründen für fatal", sagte der BDK-Vorsitzende der Zeitung. "Einer der Gründe ist eine zu befürchtende Zunahme an häuslicher Gewalt. Eine andere ist die Kräftelage der Polizei."

17:32 Uhr - Neue Zahlen von Corona-Infizierten in Deutschland

In Deutschland sind bislang mehr als 18.400 Infektionen mit dem Corona-Virus bekannt. Das geht aus einer Auswertung der *Deutschen Presse-Agentur* hervor, die die gemeldeten Zahlen der Bundesländer berücksichtigt. Besonders hohe Zahlen haben Nordrhein-Westfalen mit mehr als 6.200, Bayern mit mehr als 3.100 und Baden-Württemberg mit mehr als 2.700 Fällen. Niedersachsen verzeichnet mehr als 1.200 Infektionen. 53 mit Sars-CoV-2 Infizierte sind bislang bundesweit gestorben, zwei weitere Deutsche nach Auskunft des Robert Koch-Instituts während eines Aufenthaltes in Ägypten. (dpa)

17:26 Uhr - Bundespräsident Steinmeier zeigt sich solidarisch mit Italien – 88 Prozent der Italiener fühlen sich von EU im Stich gelassen

Mit einem handgeschriebenen Brief wandte sich der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) an seinen italienischen Amtskollegen Sergio Mattarella. Darin bekundete er dem in Europa besonders schwer getroffenen Land die Solidarität Deutschlands:

Wir sehen schwierigen Zeiten im eigenen Land entgegen, aber zugleich blicken wir mit großem Mitgefühl auf die dramatische Situation bei unseren italienischen Nachbarn. Ich möchte Dir und dem ganzen italienischen Volk in dieser ungeheuer schweren Situation die Solidarität meiner Landsleute und meine tiefe persönliche Anteilnahme ausdrücken.

Eine in Italien durchgeführte Umfrage ergab allerdings, dass sich die Menschen von der EU im Stich gelassen fühlen. 88 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass "uns die EU nicht hilft". Nur noch 21 Prozent sagen, dass die EU-Mitgliedschaft für Italien "von Vorteil" ist.

17:12 Uhr - In Spanien steigen Infiziertenzahlen rasant an

Nach Italien ist Spanien der zweitgrößte Corona-Herd in Europa. Über Nacht stieg die Zahl der Infizierten auf insgesamt 19.980, mit Madrid als Zentrum des Geschehens. Das Messegelände IFEMA soll in ein provisorisches Krankenhaus mit 5.500 Betten umfunktioniert werden, wo auch Intensivpatienten betreut werden sollen. Bis Freitag verstarben in Spanien 1.002 Menschen an der COVID-19-Krankheit, 1.588 sind bislang wieder vollständig

genesen. Die spanische Regierung hofft, dass durch die verhängte Ausgangssperre vergangenes Wochenende die Ansteckungswelle bald ihren Höhenpunkt erreicht hat und die Zahl der Infizierten zurückgeht.

15:56 Uhr - Schweiz verzichtet vorerst auf allgemeine Ausgangssperre

Die Schweiz will vorerst keine allgemeine Ausgangssperre verhängen, erklärte am Freitag Bundesrat Alain Berset. "Wir stehen mit dem Rücken zur Wand", sagte er den Journalisten. "Aber dafür braucht es, dass die ganze Bevölkerung mitmacht und sich an die Empfehlungen hält. Es ist nicht die Ausgangssperre, die uns schützt. Es ist das Verhalten, das uns schützt."

Stattdessen entschied der Bundesrat, verschärfte Kontaktregeln zu erlassen. In der Öffentlichkeit dürfen sich nicht mehr als fünf Personen gleichzeitig versammeln, es drohen Bußgelder von 100 CHF bei Nichtbeachtung dieser Regel. Die Stadt Zürich sperrte indessen das gesamte Seeufer ab, weil sich die Menschen nicht an die Vorgabe halten, mindestens zwei Meter voneinander Abstand zu halten.

Gegenwärtig gibt es in der Schweiz 4.840 bestätigte Corona-Fälle, 43 Personen verstarben.

14:40 Uhr - China liefert Millionen Atemschutzmasken an Tschechien

China hat mehr als eine Million Atemschutzmasken an Tschechien geliefert. Dies teilte Innenminister Jan Hamáček am Freitag bei Twitter mit.

Die Regierung hat nach eigenen Angaben in China 30 Millionen einfache OP-Masken und mehr als sechs Millionen Atemschutzmasken bestellt, die Partikel aus der Luft herausfiltern, sowie 250.000 Schutzanzüge.

In Tschechien muss man seit Donnerstag in der Öffentlichkeit Mund- und Nasenbedeckung tragen. Selbst Moderatoren und Reporter im Fernsehen müssen nun Masken aufsetzen.

20.03.2020 14:20 Uhr - Bundesagentur: Mehr als 76.000 Anzeigen auf Kurzarbeit in einer Woche

Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnet in der Corona-Krise einen dramatischen Anstieg bei Anzeigen auf Kurzarbeit. In der laufenden Woche seien einer Umfrage bei allen Arbeitsagenturen in Deutschland zufolge 76.700 Anzeigen eingegangen, die von den Betrieben mit der Ausbreitung des Corona-Virus begründet wurden, teilte die Bundesagentur am Freitag mit.

Im Jahresdurchschnitt 2019 hätten in einer durchschnittlichen Woche rund 600 Betriebe Kurzarbeit angezeigt. In der konjunkturellen Schwächephase Ende des vergangenen Jahres waren es pro Woche rund 1.000 Betriebe. Die Zahl der anzeigenden Betriebe gibt keinen Aufschluss über die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer.

Besonders auffällig seien die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die Anzeigen kämen aus allen Branchen, jedoch stechen die Bereiche Transport und Logistik, das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Messebau und der Tourismus hervor.

Die Bundesregierung hatte zuletzt die Zahl von 2,15 Millionen Kurzarbeitern in Deutschland für möglich gehalten. Das wäre noch einmal deutlich mehr als in der Finanzkrise 2008/2009, als die bisherige Rekordzahl von 1,44 Millionen Menschen in Kurzarbeit war.

Die Bundesagentur übernimmt bei Kurzarbeit 60 Prozent des ausgefallenen Nettolohns. Bei Arbeitnehmern mit Kind sind es 67 Prozent. Die Bundesregierung diskutiert mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung, wie eine Erweiterung möglich ist. (dpa)

14:13 Uhr - Reisewarnung gilt bis Ende April - auch für die Osterferien

Die Reisewarnung der Bundesregierung wegen der Corona-Krise gilt zunächst bis Ende April und betrifft damit auch die Osterferien. "Das ist für viele schmerzlich aber absolut notwendig. Bleiben Sie zu Hause! Schützen Sie sich und ihre Mitmenschen!", schrieb Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) am Freitag auf Twitter.

Reisewarnungen gibt es normalerweise nur bei Gefahr für Leib und Leben, vor allem für Bürgerkriegsländer wie Syrien, Afghanistan oder den Jemen. Sie können kostenlose Stornierungen ermöglichen.

Bei der Reisewarnung geht es auch darum zu verhindern, dass weitere Deutsche wegen Grenzschließungen und der Kappung von Flugverbindungen im Ausland stranden. Derzeit läuft die größte Rückholaktion in der Geschichte der Bundesrepublik für mehr als 100.000 Urlauber.

13:43 Uhr - Berlin: Erster Corona-Virus-Infizierter gestorben

In Berlin ist der erste mit dem neuen Corona-Virus infizierte Patient verstorben. Es handelt sich um einen 95-jährigen Mann mit schweren Grunderkrankungen, wie die Senatsverwaltung für Gesundheit am Freitagnachmittag mitteilte.

Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts gibt es in der Hauptstadt 731 Infizierte (Stand: 20. März, 0.00 Uhr).

12:32 Uhr - Söder: Grundlegende Ausgangsbeschränkungen in Bayern

Ab Freitagnacht treten in Bayern für vorläufig zwei Wochen Ausgangsbeschränkungen in Kraft. Die Maßnahme gelte für ganz Bayern, sagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU).

Das Verlassen der eigenen Wohnung ist ab Samstag nur noch bei Vorliegen triftiger Gründe erlaubt. Dazu zählen unter anderem der Weg zur Arbeit, notwendige Einkäufe, Arzt- und Apothekenbesuche, Hilfe für andere, Besuche von Lebenspartnern, aber auch Sport und Bewegung an der frischen Luft - dies aber nur alleine oder mit den Personen, mit denen man zusammenlebt – aber keine Partys, keine großen Menschenansammlungen.

Die Maßnahme werde überwacht. Kontrolliert wird seitens der Polizei und der Ordnungsdienste. Wer gegen die Beschränkungen verstößt, muss mit hohen Geldbußen rechnen.

Wir sperren Bayern nicht ein, aber wir fahren das öffentliche Leben fast vollständig herunter", sagte Ministerpräsident Söder.

Die Gastronomie bleibt geschlossen ab Samstag, doch Drive-In und Lieferungen sind weiterhin erlaubt. Auch die Lebensmittelversorgung bleibt erhalten und Banken bleiben auf. Friseure, Baumärkte, und Gartenmärkte bleiben ebenfalls geschlossen.

Medizinische Versorgung bleibt aufrecht erhalten, aber nichtakute Sachen wie Logopäden werden geschlossen. Betretungsrechte für Risikogruppen werden eingeschränkt. Das heißt, dass Angehörige in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Altenheimen nur im Sterbefall besucht werden dürfen. Auch in den Krankenhäusern dürfen nur die eigenen Kinder besucht werden, den Vätern ist es zudem erlaubt, zur Geburt ins Krankenhaus zu kommen.

12:00 Uhr - Berliner SPD sagt Landesparteitag ab – Giffey und Saleh müssen auf Vorsitz warten

Die Berliner SPD hat ihren Landesparteitag abgesagt, ein neuer Termin steht noch nicht fest. Die Landes-SPD hatte ihren Parteitag für den 16. Mai geplant.

Bei der Berliner SPD steht die Wahl einer neuen Spitze an. Der Noch-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller hatte im Januar angekündigt, nicht wieder zu kandidieren. Stattdessen wollen Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und der Fraktionschef der Berliner SPD, Raed Saleh, gemeinsam antreten und den Landesverband künftig als Duo führen. Mit der Absage steht nun fest, dass Müller länger als geplant als Landeschef im Amt bleibt. Quelle: www.globallookpress.com © Ulli Winkler via www.imago-images.de

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Berlins-SPD Fraktionschef Raed Saleh besuchten am 28.02.2020 BMW-Motorradwerk in Spandau. Sie wollen für den SPD-Landesvorsitz in Berlin kandidieren. Wegen Corona-Krise wurde der Landesparteitag nun abgesagt. Auf den Vorsitz müssen sie nun warten.

11:25 Uhr - "Ausweisbuch für grenzüberschreitende Arbeitskräfte" erforderlich: Tschechien verschärft Bestimmungen für Grenzpendler

Tschechien verschärft wegen der Corona-Krise nun auch die Bestimmungen für Berufspendler, die die deutsch-tschechische Grenze regelmäßig überqueren. Vom Ein- und Ausreiseverbot sind Pendler weiterhin ausgenommen. Von Samstag müssen sie jedoch ein "Ausweisbuch für grenzüberschreitende Arbeitskräfte" vorlegen. Das Formular kann im Internet heruntergeladen werden, wie das Innenministerium in Prag bekanntgab. Die Regelung gilt auch für die Grenze zu Österreich.

Begründet wurde die Verschärfung damit, dass die bisherige Regelung von Menschen missbraucht werde, die gar nicht täglich pendelten. Als Grenzpendler gelten Beschäftigte, die innerhalb eines 100 Kilometer breiten Streifens beiderseits der Grenze arbeiten.

11:07 Uhr - SPD-Chefin Esken hält Ausgangssperren für "problematisch"

Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken sieht die Einführung von Ausgangssperren angesichts der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus skeptisch. Ich finde die Idee problematisch, weil dann womöglich der Lagerkoller droht - vor allem, wenn Kinder mit im Spiel sind»", sagte Esken dem Handelsblatt. Sie hoffe, dass Appelle, etwa wie der von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch, Menschen zur Vernunft bringe. So lange das Virus grassiere, dürfe es keine größeren Menschenansammlungen mehr geben.

SPD-Vorsitzende Saskia Esken bei einer Veranstaltung am 26.02.2020 in Vilshofen in Bayern. Den Vorschlag ihres Parteikollegen und niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, wonach der Staat härter gegen die Verbreitung von Falschnachrichten in der Corona-Krise vorgehen soll, sieht Esken ebenfalls kritisch. "Von Staats wegen Vorschriften zu machen und die Verbreitung von Desinformation unter Strafe zu stellen - da bin ich vorsichtig", sagte die SPD-Politikerin. Pistorius hatte zuvor die Einführung von Bußgeldern oder Strafandrohungen gegen die Verbreiter von Falschnachrichten ins Spiel gebracht.

Der Gedanke, dass der Staat bestimme, was wahr und was unwahr ist, wecke bei ihr ungute Fantasien. Für Esken stehen stattdessen zunächst "die Internetunternehmen in der Pflicht, die Verbreitung von Fake News einzudämmen und bei Richtigstellungen dafür zu sorgen, dass auch sie eine bessere Reichweite haben".

10:40 Uhr - Frankreich: 108 neue Todesfälle

Die französischen Behörden meldeten 108 neue COVID-19-Todesfälle. Damit stieg die Zahl der Todesopfer um 41 Prozent. Insgesamt sind in Frankreich bisher 372 Menschen an der durch das SARS-Cov2 verursachten Krankheit gestorben. Zusätzlich zu dem raschen Anstieg der Todesfälle wurden am Donnerstag insgesamt 10.995 Infektionen des tödlichen Virus gemeldet, gegenüber 9.134 am Vortag. Mehr als 1.000 dieser Patienten benötigen lebenserhaltende Maßnahmen.

10:20 Uhr - **Italien: Bisher rund 300 Kinder positiv auf Corona-Virus getestet**

In Italien sind bisher rund 300 Kinder positiv auf den Erreger getestet worden. Alberto Villani, Präsident des italienischen Kinderarztverbandes, erläuterte die Lage bei einer Pressekonferenz des Zivilschutzes in Rom:

Es gibt aber bisher keine Todesfälle und keine schweren Verläufe bei Kindern. Das dürfte viele Eltern und Großeltern beruhigen. Das Corona-Virus an sich scheint derzeit kein Problem von Kindern zu sein.

Insgesamt gibt es in Italien Zehntausende Infizierte und Tausende Tote.

Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte mehrfach betont, dass es bei Kindern nur extrem selten zu schweren Verläufen komme. Kinder steckten sich meist bei Erwachsenen an, Erwachsene hingegen selten bei Kindern, hieß es zudem. Das ist ein großer Unterschied zur saisonalen Grippe, bei der Kinder ein Treiber der Ansteckungswelle sein können. Warum Kinder kaum an Covid-19 erkranken, ist bisher unklar.

10:12 Uhr - **Pressekonferenz des Robert-Koch-Instituts zu aktuellen Entwicklungen der Corona-Epidemie in Deutschland**

20.03.2020 10:08 Uhr - **Deutschland: Entscheidung über bundesweite Ausgangssperren am Wochenende**

Kanzleramtschef Helge Braun hat den Samstag als entscheidenden Tag bei der Entscheidung über mögliche Ausgangssperren wegen des Corona-Virus bezeichnet.

Wir werden uns das Verhalten der Bevölkerung an diesem Wochenende anschauen, sagte der CDU-Politiker dem Spiegel. "Der Samstag ist ein entscheidender Tag, den haben wir besonders im Blick."

Man setze darauf, "dass die Bevölkerung die Maßnahmen versteht und bereit ist, ihr Sozialleben einzuschränken. Und wenn wir in Nachbarländer blicken, die schon Ausgangssperren verhängt haben, dann wird klar: Das wäre eine enorme zusätzliche Belastung".

09:25 Uhr - **Deutschland: Zahl der Corona-Fälle steigt auf 15.320**

Die Zahl der Corona-Virus-Infektionen bundesweit steigt weiter. Am Freitagmorgen wurden 15.320 bestätigte Fälle gemeldet. Die Zahl der COVID-19-Toten wurde mit 44 angegeben. 115 Menschen gelten als genesen.

09:21 Uhr - **Berlin: Zahl der Infektionen steigt auf 688**

Das Corona-Virus breitet sich auch in Berlin weiter aus. Bislang sind laut Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci 688 Infektionen nachgewiesen (Stand: 19.3.2020, 16.30 Uhr).

Der Berliner Senat will Unternehmen, Freiberufler und Selbstständige mit insgesamt 600 Millionen Euro an Soforthilfen unterstützen. Allein 100 Millionen Euro soll es im laufenden Jahr an Soforthilfemaßnahmen für Kleinunternehmen und Soloselbstständige sowie für Freiberufler geben.

09:15 Uhr - **Corona-Virus-Pandemie: Italien meldet mehr Tote als China**

Italien hat im Zuge der Corona-Virus-Pandemie mehr Todesfälle als China gemeldet und ist damit das Land auf der Welt mit den meisten offiziell gemeldeten Toten. Bisher seien 3.405 mit dem Erreger infizierte Menschen gestorben, teilte der Zivilschutz am Donnerstag in Rom mit.

China beklagt täglich noch immer neue Todesfälle. Am Donnerstag kamen nach offiziellen Daten acht Tote hinzu, womit die Gesamtzahl der Opfer auf 3.245 Fälle stieg. Insgesamt wurden auf dem chinesischen Festland 80.928 Infizierte registriert, von denen sich mehr als 66.000 wieder erholt haben.

In Italien liegt die Zahl der gemeldeten Infizierten mittlerweile bei über 41.000. Am Vortag waren es noch rund 35.700. Die Zahl der Toten in Italien stieg innerhalb eines Tages um 427. (dpa/rt)

19.03.2020 22:40 Uhr - **Kriegsphantasie gegen Russland trotzt Corona-Krise**

Man glaubt es kaum, und doch ist es so: Manche träumen noch immer von einem großen Krieg gegen Russland. Auch - oder vielleicht gerade deshalb - in solchen Zeiten wie diesen, veröffentlicht der Rüstungskonzern Lockheed Martin eine Angriffssimulation auf Russland und wird von Karsten Marrup, dem Vorsitzenden des Luftkriegszentrums an der Dänischen Verteidigungsakademie, weiter verbreitet.

22:32 Uhr - **Fast 15.000 Infizierte in Deutschland - 44 Tote**

In Deutschland sind bislang mindestens 14.905 Infektionen mit dem neuen Coronavirus registriert worden. Das geht aus einer Auswertung der *Deutschen Presse-Agentur* mit Stand vom Donnerstagabend hervor, die gemeldete Zahlen der Bundesländer berücksichtigt. Besonders hohe Zahlen haben Nordrhein-Westfalen mit mehr als 4.970, Bayern mit mehr als 2.280 und Baden-Württemberg mit mehr als 2.740 Fällen. 44 mit Sars-CoV-2 Infizierte sind bislang bundesweit gestorben, zwei weitere Deutsche nach Auskunft des Robert Koch-Instituts während einer Reise in Ägypten. (dpa)

21:46 Uhr - **Freiburg erlässt eingeschränkte Ausgangssperre**

Die Stadt selbst sprach von einem Betretungsverbot für öffentliche Orte, das vom 21. März bis zum 3. April gelten soll. Mit dieser einschneidenden Maßnahme solle die Ausbreitung des Corona-Virus eingedämmt werden, teilte

die Stadt am Donnerstagabend mit. Anlass sei die dramatische Lage der angrenzenden französischen Region Grand Est, zu der auch das Elsass gehört.

Das Betretungsverbot bedeutet nach Angaben der Stadt, dass öffentliche Orte nicht mehr betreten werden dürfen. Das Haus oder die Wohnung soll nur noch für dringende Angelegenheiten verlassen werden. Wer sich im Freien aufhalten möchte, dürfe das nur allein, zu zweit oder mit Personen, die im eigenen Haushalt leben. Von allen anderen Personen sei ein Mindestabstand von 1,50 Metern einzuhalten. Man dürfe aber weiterhin zur Arbeit oder zum Arzt gehen sowie Lebensmittel einkaufen. Die gegenwärtigen Beschränkungen gelten vorerst für zwei Wochen.

"Uns ist bewusst, dass diese schwerwiegende Entscheidung deutliche Einschränkungen auf das Leben der Freiburgerinnen und Freiburger haben wird", sagte Oberbürgermeister Martin Horn. "Aber nach dem heutigen Stand muss der Schutz der Bevölkerung vor allen anderen Erwägungen Vorrang haben."

Vor knapp einer Woche haben die Stadt Freiburg und die benachbarten Landkreise die Durchführung aller Veranstaltungen ab 50 Teilnehmenden bis 20. April untersagt. Doch immer wieder hätten sich Menschen nicht an diese Allgemeinverfügung gehalten und ihre Kontakte zu anderen nicht eingeschränkt. Gerade bei den frühlingshaften Temperaturen verbrächten viele Bürger ihre Freizeit im Freien auf öffentlichen Plätzen, in Parks und Grünanlagen. Der empfohlene Abstand zwischen den Menschen werde dabei häufig nicht eingehalten. (dpa)

21:30 Uhr - Dänemark erlässt drakonische Maßnahmen und will notfalls mit Militär hart durchgreifen

Das dänische Parlament hat Ausnahmegesetze im Kampf gegen das Corona-Virus erlassen, die bis vor Kurzem noch völlig undenkbar waren. Den Gesundheitsbehörden wurde die Befugnis erteilt, ab sofort Zwangstests, Zwangsimpfungen sowie Zwangsbehandlungen anzuordnen. Welche Impfungen oder Behandlungen das allerdings sein sollen, ist nicht bekannt. Bis jetzt gibt es keine Impfung gegen SARS-CoV-2. Für die Durchsetzung ihrer Anordnungen können die Behörden nun neben der Polizei auch das Militär sowie private Wachdienste einsetzen.

Diese Gesetze wurde vom Parlament einstimmt verabschiedet, selbst die Opposition steht geschlossen hinter der Politik von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. Damit wurde die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit bis 1. März 2021 faktisch abgeschafft. In letzter Minute wurde noch ein Punkt aus der Gesetzesvorlage gestrichen, der es der Polizei ermöglicht hätte, sich ohne gerichtliche Verfügung Zugang zu Wohnungen zu verschaffen, um einem Corona-Verdacht nachgehen zu können.

21:08 Uhr - "Corona-Kabinett" bereitet weitere Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie vor

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die hauptzuständigen Minister haben am Donnerstag in stundenlangen Beratungen weitere Maßnahmen gegen die Corona-Krise vorbereitet. Das "Corona-Kabinett" war dazu am Abend gegen 18.00 Uhr nach einer Sitzung am Vormittag erneut zu zweieinhalbstündigen Gesprächen zusammengekommen. "Es war eine Vorbereitungssitzung für das Kabinett am Montag und die Parlamentswoche", teilte ein Regierungssprecher am Abend in Berlin mit. Weitere Beratungen würden folgen. Eine Information über den konkreten Inhalt der Gespräche war am Abend nicht geplant. (dpa)

20:25 Uhr - Tschechischer Präsident fordert Opposition zur Unterstützung auf

In einer Fernsehansprache an die Nation appellierte der tschechische Präsident Miloš Zeman an die Bürgerinnen und Bürger, die Corona-Pandemie weder auf die leichte Schulter zu nehmen noch in Angst und Panik zu verfallen. "Angst schwächt uns, und daher möchte ich Sie zu Mut aufrufen", sagte Zeman.

Bei dem Fernsehauftritt forderte er die Opposition auf, die von der Regierung verhängten Maßnahmen zu unterstützen. "Und wenn sie dazu nicht fähig ist, dann sollte sie zumindest für die Zeit der Quarantäne schweigen", meinte er weiter. Die tschechische Regierung hatte bereits vor einer Woche den Notstand ausgerufen und die Grenzen, Schulen und Geschäfte geschlossen.

Ganz besonders dankte Zeman Peking für dessen Hilfe. China habe "als einziges Land" bei der Besorgung medizinischer Güter wie Schutzmasken geholfen. Damit ist Tschechien nicht das erste Land, das sich von der EU in dieser Krise im Stich gelassen fühlt. So haben bereits Italien oder auch Serbien Brüssel massiv kritisiert.

19.03.2020 19:50 Uhr - Am Sonntag wird über allgemeine Ausgangssperre entschieden

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) verriet dem *SWR* am Donnerstagabend, dass er und alle anderen Ministerpräsidenten am Sonntag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammenkommen, um eine Entscheidung über eine allgemeine Ausgangssperre zu treffen. "Es hängt von der Bevölkerung ab, ob wir schärfere Maßnahmen ergreifen müssen", sagte Kretschmann.

19:45 Uhr - Netflix drosselt Datenmengen in Europa

Netflix wird die Datenmengen in seinem Video-Streamingdienst in Europa zunächst für 30 Tage drosseln, um die Netze in der Corona-Virus-Krise zu entlasten. Der Marktführer reagierte damit am Donnerstag auf einen Aufruf von EU-Kommissar Thierry Breton. Die Netflix-Nutzer sollten trotzdem einen Dienst mit "guter Qualität" bekommen, versicherte das US-Unternehmen. Nach eigener Einschätzung wird Netflix durch diesen Schritt aber 25 Prozent weniger Datenverkehr verursachen. Breton begrüßte das Entgegenkommen.

Der EU-Kommissar hatte am Donnerstag den zweiten Tag in Folge mit Netflix-Chef Reed Hastings gesprochen. Am Vortag hatte Breton ihm unter anderem vorgeschlagen, die Bildqualität bei starker Auslastung automatisch von HD- auf Standard-Auflösung runterzuschrauben.

Bei einer höheren Bildauflösung gibt es ein schärferes Bild, weil mehr Pixel dargestellt werden. Dafür werden aber auch mehr Daten übertragen. Netflix empfiehlt für HD (High Definition) eine Internet-Geschwindigkeit von fünf Megabit pro Sekunde, während es bei Standard-Auflösung drei Megabit pro Sekunde sind. Einen richtig großen Sprung gibt es dann aber bei dem noch besseren Utra-HD-Format: Hier empfiehlt Netflix 25 Megabit pro Sekunde. Die Ultra-HD-Qualität gibt es dabei nur in den teureren Tarifmodellen von Netflix.

In Europa gibt es insgesamt die Sorge, dass die verstärkte Heimarbeit und Nutzung von Unterhaltungsangeboten die Netze verstopfen können. Internet-Anbieter versicherten bisher, dass sie den Anstieg schultern können. (dpa)

19:20 Uhr - Innenministerium veröffentlicht Liste von offenen Grenzübergängen

Deutschland hat seine Grenzen nicht geschlossen, sagte der Sprecher des Innenministeriums und dementierte damit Berichte, dass die Bundesrepublik ihre Grenzen dichtgemacht habe. Jetzt veröffentlichte das Innenministerium eine Liste mit offenen Grenzübergängen zu Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Österreich und der Schweiz. Das Ministerium rief am Donnerstag alle Reisenden mit dringendem Grund auf, sich vorab zu informieren, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

18:19 Uhr - Großbritannien zieht wegen Corona-Ausbruchs einen Teil der Soldaten aus dem Irak ab

Während die USA weiterhin an den Plänen festhalten, mehr Waffen und Kriegsgerät in den Irak zu liefern, gab das britische Verteidigungsministerium am Donnerstag bekannt, einen Teil der Truppen aus dem Zweistromland abzuziehen.

Die von den USA angeführte Anti-IS-Koalition setzte aufgrund des Corona-Ausbruchs im Irak die Ausbildungsmission für zwei Monate aus. Um die dabei freigewordenen Kräfte nicht dem Risiko einer Infizierung auszusetzen, entschied die Regierung, sie ins Königreich zurückzuholen. Aber man werde "militärisches Schlüsselpersonal in dem Land belassen, um sicherzustellen, dass die irakische Regierung, die globale Koalition und die britischen Interessen angemessen unterstützt werden", heißt es in der Erklärung des Verteidigungsministeriums. Ob Deutschland Bundeswehrsoldaten aus dem Irak abziehen wird, ist bislang noch nicht klar.

18:10 Uhr - Corona-Krise bringt Pläne des Pannenflughafens BER durcheinander

Die Betreiber prüfen, ob eine für Ende April vorgesehene Evakuierungsübung mit knapp 1.000 Teilnehmern wie geplant stattfinden kann, wie ein Flughafensprecher am Donnerstag erklärte. Er sei aber zuversichtlich, dass es dafür eine Lösung gebe. Der größer angelegte Abschnitt des Probebetriebs mit insgesamt 20.000 Freiwilligen soll aber planmäßig erst Ende Juni beginnen.

Unterdessen wurde bekannt, dass der TÜV seine Prüfer von der Baustelle abgezogen hat. Darüber berichtete das Magazin *Business Insider*. Nach TÜV-Angaben ist das eine Vorsorgemaßnahme, um Infektionen zu vermeiden. Die Kollegen erledigten ihre Arbeit im Homeoffice, etwa Dokumentationen und Berichterstellungen. "Aktuell entsteht dadurch kein Zeitverzug für unsere Tätigkeiten am BER", sagte ein TÜV-Sprecher.

Der Flughafen soll nach jahrelanger Verzögerung Ende Oktober in Betrieb gehen. Die BER-Verantwortlichen wollen bis Monatsende die Baufertigstellung melden. Dazu fehlt noch eine TÜV-Freigabe für die Kabelarbeiten im Terminal. Über den Stand des Projekts beriet am Donnerstag der Aufsichtsrat des Unternehmens am Flughafen Tegel. Die reguläre Sitzung war aus Termingründen um einen Tag vorgezogen worden und wird, wenn nötig, am Freitag fortgesetzt. (dpa)

17:38 Uhr - Iranisches Gesundheitsministerium: Alle zehn Minuten stirbt ein Mensch an Corona

Einen drastischen Einblick in die Lage im Iran bot am Donnerstag der Direktor für Öffentlichkeitsarbeit im Gesundheitsministerium, Kianusch Dschahanpur. Laut seinen Angaben infizieren sich im Iran derzeit "fast jede Stunde fünf Menschen" mit dem Corona-Virus, "und alle zehn Minuten verliert eine Person ihr Leben aufgrund der Folgen" der COVID-19-Erkrankung.

"Treffen Sie anhand dieser Information eine bewusste Entscheidung über Reisen, Verkehr, Transporte und Besuche", appellierte Dschahanpur an die iranische Bevölkerung. Das Hilfegesuch an die USA, die Sanktionen gegen den Iran vorübergehend aufzuweichen, damit das Land dringend benötigtes medizinisches Equipment kaufen und vor allem auch bezahlen kann, wurde von Washington abgelehnt.

17:33 Uhr - Viele Ärzte und Sanitäter in Italien mit Corona infiziert

Laut einer Analyse der Stiftung GIMBE aus Bergamo, die Daten des italienischen Gesundheitsinstituts ISS untersuchte, sind 2.629 Krankenpfleger in Italien an Covid-19 erkrankt. Das sind 8,3 Prozent aller in Italien gemeldeten Infektionsfälle, schreibt GIMBE. Außerdem befinden sich allein in der Lombardei 118 von insgesamt 600 Ärzten der Provinz mittlerweile selbst in Quarantäne.

Deshalb forderte der Gesundheitsbeauftragte der Lombardei, Giulio Gallera, im Interview mit der Tageszeitung *La Repubblica* einen vollständigen "Shut Down" der Region. Er beschwerte sich darüber, dass noch immer zu vie-

le Menschen auf den Straßen seien. "Die Zahl der Infizierten wächst weiter", sagte er. "Nicht nur ältere Patienten, sondern auch Menschen im Alter von 40 oder 50 Jahren werden eingeliefert".

Deshalb prüft derzeit das Kabinett von Ministerpräsident Conte ebenfalls ein komplettes Verbot auch für Spaziergänge, Jogging und Radfahren. Alles, was gern gesehen wurde zu Zeiten, in denen Bewegung an der frischen Luft noch als gesund galt.

17:05 Uhr - Commerzbank kündigt mitten in Corona-Krise Konten des venezolanischen Staates

Das venezolanische Außenministerium hat bekannt gegeben, dass die deutsche Commerzbank inmitten der Corona-Krise auf Druck der USA unilateral und ohne weitere Erklärung zahlreiche Konten von staatlichen venezolanischen Institutionen gekündigt hat.

16:50 Uhr - NATO-Generalsekretär Stoltenberg fordert trotz Corona-Krise höhere Rüstungsausgaben

Viele NATO-Länder bereiten Hilfspakete in Milliardenhöhe vor, um den vollständigen Zusammenbruch ihrer Wirtschaft zu vermeiden. Für Generalsekretär Jens Stoltenberg noch lange kein Grund, nicht an den versprochenen Mehrausgaben für Rüstung und Verteidigung festzuhalten. "Ich erwarte, dass die Alliierten sich weiterhin dazu bekennen, mehr in unsere Sicherheit zu investieren", sagte er am Donnerstag in Brüssel.

Zwar räumte Stoltenberg ein, dass diese wirtschaftlichen Konjunkturhilfen die Haushalte der NATO-Länder kurzfristig belasten würden und die langfristigen Folgen noch gar nicht abzuschätzen seien. Aber er sei sich sicher, dass sich auch trotz Corona-Krise Investitionen in die Verteidigung lohnen würden, so der Generalsekretär. Gestern traf er sich mit dem Oberkommandeur der NATO-Streitkräfte, US-General Tod Wolters, um über die gegenwärtige Krise zu sprechen.

16:17 Uhr - Niederlande schließen Grenzen für Nicht-EU-Bürger

Die Regierung in Den Haag entschied heute das, was die EU bereits vorgestern beschlossen hatte: ein Einreisestopp für Nicht-EU-Bürger. Ab Donnerstagabend um 18 Uhr dürfen Reisende aus Nicht-EU-Staaten nicht mehr in die Niederlande einreisen. Diese Maßnahme soll vorerst für 30 Tage gelten.

Wie die Nachrichtenagentur *ANP* berichtet, plant die Regierung weitere Maßnahmen im Kampf gegen das Corona-Virus. Allerdings zeigte sich bei der heutigen Parlamentssitzung, dass die Mehrheit der Abgeordneten bisher gegen eine generelle Ausgangssperre ist. Restaurants und Geschäfte seien ja bereits geschlossen, sagte ein Sprecher der Gesundheitsbehörde RIVM. Dennoch bereite sich die Polizei auf die Möglichkeit einer landesweiten Ausgangssperre vor. Sollte die Regierung einen "Lockdown" anordnen, werde die Polizei als "starker Arm" des Gesetzes auftreten, sagte der Corona-Koordinator der nationalen Polizeibehörde, Max Daniel, im Fernsehsender *NOS*.

In den Niederlanden gibt es bislang 2.460 bestätigte Fälle (Stand 19. März) von Personen, die sich mit dem Corona-Virus infiziert haben. 76 Menschen sind daran verstorben.

19.03.2020 16:08 Uhr - Prinz Albert von Monaco positiv auf Corona getestet

Das Fürstenhaus veröffentlichte am Donnerstag ein Communiqué, worin bestätigt wurde, dass sich Prinz Albert II. von Monaco mit dem Virus infiziert habe. Sein Gesundheitszustand sei aber nicht besorgniserregend.

In Monaco gilt seit Mittwoch wie in Frankreich eine Ausgangssperre, die zeitlich nicht begrenzt wurde. Die Menschen dürfen lediglich für Einkäufe und Arzt- oder Apothekenbesuche ihre Wohnungen verlassen. Bis Mittwoch gab es in dem Fürstentum offiziell sieben Personen, die sich mit dem Corona-Virus infiziert haben.

15:44 Uhr - Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer bei Bundespressekonferenz

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) bezeichnete heute in einer Pressekonferenz den Kampf gegen das Corona-Virus als einen "Marathon". Sie sagte, dass sich die Bundeswehr auf die Zeit vorbereite, wenn die "zivilen Kräfte an eine Grenze" kommen, und dann stehe sie mit ihren "Assets" zur Verfügung. Deshalb habe man die "letzten Wochen" dafür genutzt, sich "hinter den Kulissen" auf die bevorstehenden Aufgaben vorzubereiten.

15:35 Uhr - Bundesregierung erwartet über 2,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit

Die Bundesregierung rechnet in der Virus-Krise mit rund 2,35 Millionen Beschäftigten, die aus konjunkturellen oder saisonalen Gründen Kurzarbeitergeld beziehen werden. Dies geht aus einem Verordnungsentwurf des Bundesarbeitsministeriums hervor, der am Donnerstag der Nachrichtenagentur *Reuters* vorlag. Die Kosten für die Bundesagentur für Arbeit (BA) werden auf über zehn Milliarden Euro beziffert. (*reuters*)

15:01 Uhr - Rückholaktion: Rund 1.500 Deutsche mit Flügen der Regierung zurückgekehrt

Die Bundesregierung hat am Mittwoch mit den ersten sieben Charterflügen ihrer Rückholaktion wegen der Corona-Krise rund 1.500 Deutsche aus Tunesien, Ägypten, Marokko und Aserbaidschan nach Deutschland zurückgebracht. Am Donnerstag sollten nach Angaben des Auswärtigen Amtes zusätzlich von den Philippinen und der Dominikanischen Republik Maschinen mit deutschen Touristen starten, die dort gestrandet sind. Es ist die größte Rückholaktion in der Geschichte der Bundesrepublik, bei der insgesamt mehrere Zehntausend Menschen mit Sonderflügen ausgeflogen werden sollen.

Zahlreiche Länder haben inzwischen wegen der rasanten Ausbreitung des Corona-Virus Grenzen dicht gemacht und Flugverbindungen gekappt. Da Deutschland inzwischen zu den Hauptrisikoländern gehört, sind Bundesbürger besonders stark von den Einschränkungen betroffen. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hatte deswegen am Dienstag angekündigt, Deutsche aus den Ländern zurückzuholen, aus denen es keine regulären Flüge mehr gibt. Dafür sollen von Lufthansa, Condor und Tui für 50 Millionen Euro 30 bis 40 Maschinen gechartert werden.

14:50 Uhr - Spanien: Alle 16 Minuten ein Corona-Virus-Toter am Montag in Madrid

Bis zum Donnerstag kletterte die Zahl der Infizierten in ganz Spanien weiter um 25 Prozent auf mehr als 17.000, rund 6.700 davon in Madrid. 767 Patienten sind mittlerweile im ganzen Land an Covid-19 gestorben. Seit dem Wochenende herrscht eine Ausgangssperre.

In der besonders heftig von der Corona-Krise betroffenen Region rund um die spanische Hauptstadt Madrid ist allein am vergangenen Montag alle 16 Minuten ein Mensch an dem Virus gestorben. Innerhalb von 24 Stunden habe es 88 Todesfälle rund um die Millionenmetropole gegeben, rechnete die Zeitung *El País* unter Berufung auf die Behörden vor. Die Region Madrid ist ganz besonders von dem Virus betroffen.

Straßen in Madrid werden am 19.03.2020 gesäubert. Sechs Tage zuvor hatte die Regierung in Spanien den Notstand ausgerufen. Seit dem Wochenende herrscht eine Ausgangssperre.

14:30 Uhr - Über 3.000 Corona-Infizierte im Bundesstaat New York

Die breitere Verfügbarkeit von Corona-Tests in den USA lässt die Zahl der bekannten Fälle im besonders betroffenen Bundesstaat New York stark ansteigen. Die Zahl der Infizierten erhöhte sich am Donnerstag nach Angaben der John-Hopkins-Universität auf mehr als 3.000. Im Vergleich zu den Zahlen vom Dienstag bedeutete das mehr als eine Verdoppelung. Vor allem in New York City ist die Lage ernst. Bürgermeister Bill de Blasio hatte am frühen Mittwochabend erklärt, die Millionenmetropole habe 1.871 Fälle - nach 814 am Vortag.

Die Behörden gehen wegen langer Zeit mangelhaft vorhandener Tests von einer hohen Dunkelziffer in den USA aus. Das Land hat insgesamt knapp 10.000 bestätigte Fälle. New Yorks Gouverneur Andrew Cuomo geht allein in seinem Bundesstaat von Zehntausenden Fällen aus.

14:25 Uhr - Rund 13.000 Menschen in Deutschland infiziert

In ganz Deutschand sind derzeit rund 13.000 Menschen mit dem Corona-Virus infiziert. Bislang starben 34 Menschen an der durch das SARS-Cov2 verursachten Lungenkrankheit.

14:20 Uhr - Laschet mahnt: Ausgangssperren weiter möglich

Nach zahlreichen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus sind in Nordrhein-Westfalen weiterhin auch Ausgangssperren möglich. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sagte am Donnerstag in Düsseldorf:

Jeder Einzelne hat es in der Hand zu verhindern, dass es Ausgangssperren gibt.

Es sei mit weiter steigenden Infektionszahlen zu rechnen. Die Landesregierung analysiere, ob sich die Infektionskurve angesichts der zahlreichen Maßnahmen abflache. Schon jetzt ruhe das öffentliche Leben und die Grundrechte der Bürger seien stark eingeschränkt worden, sagte Laschet.

14:05 Uhr - Weiterhin kilometerlange Staus an der Grenze zu Polen – Regierung in Warschau verspricht Abhilfe

Polen will die durch Kontrollen entstandenen Staus an der deutsch-polnischen Grenze so schnell wie möglich abbauen. Man habe die Arbeitsabläufe bereits verbessert, sagte Regierungschef Mateusz Morawiecki am Donnerstag in Warschau.

Die Schlangen an der westlichen Grenze mit Deutschland haben sich schon verkürzt, und wir werden alles tun, damit der Verkehr innerhalb der kommenden Stunden ohne Hindernisse ablaufen kann.

Laut einem Bericht von *MDR* habe sich die Staulage auf der A4 in Richtung deutsch-polnische Grenze am Donnerstag weiter entspannt. Nach Angaben der Polizei stauten sich Lastwagen und Pkw seit Mittag rund 30 Kilometer ab dem Grenzübergang Ludwigsdorf bei Görlitz zurück bis hinter Weißenberg. Am Mittwochabend hätte der Stau noch eine Länge von etwa 60 Kilometern gehabt.

Quelle: www.globallookpress.com © Robert Michael / dpa

Lage am 19.03.2020 auf der Autobahn A4 Dresden - Görlitz: Tausende von Lkw-Fahrern müssen weiterhin in einem etwa 30 Kilometer langen Stau vor der Grenze zu Polen ausharren.

Um eine weitere Verbreitung des Corona-Virus zu erschweren, hatte Polen am Wochenende an Grenzübergängen zu Deutschland Kontrollen eingeführt. Polen können in ihre Heimat zurückkehren, müssen aber für 14 Tage in Quarantäne. Ausländer dagegen dürfen nur in Ausnahmefällen ins Land. Für den Warenverkehr gibt es keine Begrenzungen. Seitdem haben sich an den Grenzübergängen an den Autobahnen große Staus Richtung Osten gebildet.

Als Reaktion darauf hat Polen in der Nacht zu Donnerstag die Vorschriften für die Kontrollen von Lastwagenfahrern und Berufspendlern gelockert. Beide Gruppe müssten bei einem Grenzübertritt kein Formular mehr mit Daten

ihrer Erreichbarkeit ausfüllen, sagte eine Sprecherin des polnischen Grenzschutzes. Damit lasse sich viel Zeit bei der Abfertigung sparen.

13:40 Uhr - Stockholm: Geschäfte öffnen wegen Corona eine Stunde früher nur für Schwerkranke und Rentner

19.03.2020 13:30 Uhr - Jordanien: Armee riegelt Hauptstadt Amman wegen Covid-19-Pandemie ab

Alle Zugangsstraßen zur jordanischen Hauptstadt Amman werden ab diesem Donnerstag zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie abgeriegelt. Die Maßnahme gelte ab 7.00 Uhr morgens für unbestimmte Zeit, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Petra unter Berufung auf das Militär des Landes am Mittwochabend. Die Zahl der mit dem Virus Sars-CoV-2 Infizierten gaben die Behörden des arabischen Königreichs mit 52 an.

13:15 Uhr - Deutschland: Lebensmittelhändler planen vorerst nicht, sonntags ihre Läden zu öffnen

Die großen deutschen Supermarkt- und Discountketten wollen ihre Geschäfte auch weiterhin nicht am Sonntag öffnen. Vertreter der großen Ketten betonten bei einer Umfrage der *Deutschen Presse-Agentur*, an den gewohnten Öffnungszeiten von Montag bis Samstag festhalten zu wollen.

Mit dem gegenwärtigen Pensum verlangen wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Märkten bereits Erhebliches ab", erklärte der Chef eines Unternehmens. "Und wir haben aktuell wenig Grund zu der Annahme, dass sich daran binnen sehr kurzer Frist etwas verändert", schrieb er.

Die bestehende Öffnung an sechs Tagen in der Woche erlaube es, die Kunden bedarfsgerecht zu bedienen.

12:40 Uhr - Polizei löst Corona-Partys auf und appelliert an die Vernunft

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) beklagt Nachlässigkeit der Menschen im Umgang mit dem Corona-Virus. Man setze auf die Vernunft und das Verständnis der Bürger für die getroffenen Maßnahmen zur Verlangsamung der Corona-Virus-Epidemie, betonte die GdP am Donnerstag.

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek erklärte in Berlin:

Unsere Kontrollen zeigen, dass sich noch viele Menschen versammeln und offensichtlich nicht die Gefährlichkeit der Pandemie erkannt haben. Das Ansteckungsrisiko für alle Beteiligten wird so nicht reduziert,

Immer wieder finden bundesweit offenbar so genannte "Corona-Partys" statt. Zuletzt hatte die Polizei in Nürnberg und Schwabach solche Treffen aufgelöst. Rund 100 Jungendliche hatten sich etwa laut einem Bericht des *Bayerischen Rundfunks* im Nürnberger Stadtpark zur Corona-Party getroffen.

Auch in Baden-Württemberg sollen solche Partys organisiert worden sein. Ministerpräsident Winfried Kretschmann appellierte eindringlich an die Bürger, Einschränkungen einzuhalten und drohte mit Ausgangssperren. So sagte er am Donnerstag:

Es kann nicht sein, dass jetzt junge Leute zu Corona-Partys rennen. Wenn nicht alle ihr Verhalten grundlegend umstellen, dann kommen wir um härtere Maßnahmen und Sanktionen nicht herum.

Auch die Polizei von Freiburg in Breisgau appellierte an die Bürger:

12:20 Uhr - Lastwagenbauer MAN stoppt die Produktion

Auch der Lastwagenbauer MAN hat wegen der Corona-Virus-Pandemie und ausbleibender Zulieferungen seine Produktion im Stammwerk München am Donnerstag eingestellt. In den anderen Werken wird die Produktion individuell heruntergefahren. Ab 23. März sind die deutschen Standorte in Kurzarbeit. Auch in den ausländischen Werken werde die Produktion zurückgefahren. Vertrieb und Service sollten "so lange es die Gesamtsituation zulässt" aufrechterhalten werden, heißt es aus dem Unternehmen.

MAN Truck & Bus gehört zur VW-Tochter Traton und beschäftigt weltweit derzeit noch 36.000 Mitarbeiter – davon 9.200 im Stammwerk München, 3.700 im Dieselmotorenwerk Nürnberg, 2.400 im Achsen- und Komponentenwerk Salzgitter, 6.000 bundesweit im Verkauf, 2.300 im Lkw-Werk Steyr (Österreich) und 6.000 in den Stadtbus- und Reisebus-Werken Ankara (Türkei) und Starachowice (Polen).

11:46 Uhr - Chemnitz: Messehalle wird Corona-Ambulanz

In Chemnitz ist am Dienstag eine Corona-Ambulanz eröffnet worden. Im Gebäude der Messe Chemnitz in der Neefestraße befinden sich 140 abgetrennte Untersuchungsboxen, die mit Liegen und Stühlen ausgestattet sind.

Die Ambulanz soll die zentrale Anlaufstelle für Chemnitzer werden, die die für das Corona-Virus typischen Krankheitssymptome aufweisen und zuletzt in einem der Risikogebiete waren oder etwa Kontakt mit bereits positiv getesteten Menschen hatten. Damit sollen vor allem die Hausarztpraxen, Kliniken und das Gesundheitsamt entlastet werden. Die Ambulanz ist von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Bis jetzt sind insgesamt 13 Menschen in Chemnitz positiv auf das Corona-Virus getestet worden.

11:20 Uhr - Drei weitere Tote im Kreis Heinsberg – insgesamt 13 Corona-Tote in NRW

Im Kreis Heinsberg sind drei weitere Menschen am Corona-Virus gestorben. Das meldet das Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg. Todesursache ist in allen drei Fällen eine Lungenentzündung. Die Verstorbenen waren im Alter von 83 bis 87 Jahren.

In Nordrhein-Westfalen ist damit die Zahl der COVID-19-Toten auf 13 gestiegen. Insgesamt gibt es in dem Bundesland 4.743 Infizierte (Stand Donnerstag 10.45 Uhr).

10:50 Uhr - Grünen-Politiker Özdemir positiv auf Corona-Virus getestet

Der frühere Grünen-Chef Cem Özdemir ist positiv auf das Corona-Virus getestet worden. Der 54-Jährige veröffentlichte am Donnerstag auf Instagram ein Video, in dem er sagte, es gehe ihm "sehr gut". Er wolle seine Ansteckung öffentlich machen, "um deutlich zu machen, dass sich jede und jeder von uns anstecken kann".

Der Bundestagsabgeordnete rief dazu auf, zu Hause zu bleiben und die Lage ernst zu nehmen. Es geht jetzt darum, alle anderen zu schützen", so Özdemir. Bitte bleibt zu Hause." Er selbst habe sich schon vor dem Testergebnis freiwillig weitgehend in Quarantäne begeben und müsse jetzt nicht mehr viel ändern.

10:38 Uhr - Regierung plant milliardenschweres Hilfspaket für Solo-Selbstständige

Die Bundesregierung plant in der Corona-Virus-Krise ein Hilfspaket von insgesamt bis zu 50 Milliarden Euro für Solo-Selbstständige und andere Kleinstfirmen. Das erfuhr die *Deutsche Presse-Agentur* am Donnerstag aus Regierungskreisen.

Das Hilfspaket soll zügig auf den Weg gebracht werden. Geplant sind direkte Zuschüsse und Darlehen.

Unter Solo-Selbstständigen werden laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut DIW Personen verstanden, die eine selbstständige Tätigkeit allein, das heißt ohne angestellte Mitarbeiter, ausüben. Das sind etwa Musiker, Fotografen, Künstler, Heilpraktiker, Dolmetscher oder Pfleger. Seit Anfang der 1990er Jahre sei die Zahl der Selbstständigen in Deutschland kräftig gestiegen. Eine erhebliche Rolle habe dabei die Förderung von "Ich-AGs" durch die Bundesagentur für Arbeit ab dem Jahr 2003 gespielt.

10:25 Uhr - 331 Infizierte mehr als gestern: USA melden mehr als 8.000 Fälle

In den USA ist die Zahl der Corona-Virus-Infektionen weiter angestiegen. Aktuell gibt es in allen 50 Bundesstaaten, in einigen Außengebieten sowie im Hauptstadtbezirk Washington, D.C. insgesamt 8.317 nachgewiesene Fälle. Das sind 331 Infizierte mehr als am Vorabend.

Die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung liegt derzeit landesweit bei 147.

10:15 Uhr - Vize-Kanzler Olaf Scholz nicht mit Corona-Virus infiziert

Vizekanzler Olaf Scholz ist negativ auf das Corona-Virus getestet worden. Er werde nun nicht mehr aus dem Homeoffice arbeiten. Heute schon gehe er zu Beratungen ins Kanzleramt, schrieb der Finanzminister auf Twitter.

Die Corona-Krise fordert und alle – gemeinsam stehen wir das durch. Unser Land kann das.

Am Mittwoch hatte Scholz sich via Twitter mit starken Erkältungssymptomen gemeldet und berichtet, er werde sich testen lassen.

19.03.2020 10:08 Uhr - Söder: Auch im Landkreis Wunsiedel wird es Ausgangssperren geben

Zur Eindämmung des Corona-Virus sollen am Donnerstag auch im Landkreis Wunsiedel Ausgangssperren erlassen werden. Dies kündigte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Donnerstagmorgen in seiner Regierungserklärung im Landtag in München an. Genau wie in der oberpfälzischen Kleinstadt Mitterteich sei dies notwendig, da es dort hohe Fallzahlen gebe. In Mitterteich wurde gestern eine Ausgangssperre verhängt. Bayern wolle in keiner Kommune eine Ausbreitungslage wie etwa im Kreis Heinsberg in Nordrhein-Westfalen oder im österreichischen Ischgl, betonte Söder.

10:04 Uhr - Neue Covid-19-Todesfälle in Lateinamerika und Karibik

Das neuartige Corona-Virus hat Lateinamerika und die Karibik später erreicht als Europa – allmählich häufen sich nun auch dort die Fälle. Sowohl Mexiko als auch die Inselstaaten Jamaika und Kuba und das mittelamerikanische Costa Rica meldeten am Mittwoch (Ortszeit) jeweils einen ersten Todesfall infolge einer Covid-19-Erkrankung. Zudem bestätigte die Dominikanische Republik ein neues Todesopfer. Damit stieg die Zahl der durch Covid-19 verursachten Todesfälle in dem Karibikstaat auf zwei.

09:45 Uhr - Söder droht mit Ausgangssperre für ganz Bayern

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) droht nun konkret mit einer Ausgangssperre für den ganzen Freistaat. Wenn sich viele Menschen nicht freiwillig beschränken, dann bleibt am Ende nur die bayernweite Ausgangssperre als einziges Instrumentarium, um darauf zu reagieren. Das muss jedem klar sein", sagte Söder am Donnerstag in einer Regierungserklärung im Landtag in München.

09:30 Uhr - Corona-Pandemie: Australien und Neuseeland schließen Grenzen

Im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus schließen Australien und Neuseeland ihre Grenzen. Das kündigten am Donnerstag der australische Premierminister Scott Morrison und die neuseeländische Premierministerin

Jacinda Ardern an. Ausgenommen von dem Einreiseverbot seien in beiden Ländern lediglich die eigenen Bürger, Menschen mit dauerhaftem Wohnsitz in ihren Ländern sowie deren enge Familienmitglieder.

18.03.2020 22:01 Uhr - Corona-Krise: Fast 14.000 Infektionen in Spanien – 600 Tote

Die Zahl der Corona-Virus-Infektionen ist in Spanien am Mittwoch um etwa 2.000 auf fast 14.000 (13.716) gestiegen. Innerhalb von 24 Stunden sei die Zahl der Toten von 525 auf 598 gestiegen, teilte das Gesundheitsministerium in Madrid mit. Nach Italien ist Spanien das Land in Europa, das derzeit am stärksten von der Corona-Krise in Mitleidenschaft gezogen wird.

Am stärksten betroffen ist in Spanien die Region Madrid. Dort hatten die Behörden bis Mittwochabend mehr als 5.600 Menschen gezählt, die sich mit dem Corona-Virus infiziert haben. Die Zahl der Toten lag bei 390.

Der Leiter der Behörde für Gesundheitliche Notfälle (CCAES), Fernando Simón, stellte am Mittwoch dennoch etwas Positives fest: Die Geschwindigkeit der Zunahme der Infektionen habe sich zuletzt verlangsamt. Man müsse aber alle Daten und Statistiken weiterhin mit Vorsicht genießen, betonte der Experte auf seiner täglichen Pressekonferenz.

21:05 Uhr - Arbeitslosigkeit in Österreich durch Corona-Krise deutlich gestiegen

Die Corona-Krise und die damit verbundenen Einschränkungen des alltäglichen Lebens in Österreich machen sich bereits auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. In der Alpenrepublik stieg die Zahl der Arbeitslosen von Sonntagabend bis Dienstagabend um rund 49.000. Das sagte der Chef des Arbeitsmarktservice AMS, Johannes Kopf, am Mittwoch der österreichischen Nachrichtenagentur *APA*. Das AMS ist vergleichbar mit der Bundesagentur für Arbeit in Deutschland. Zum Vergleich: Ende Februar gab es etwas mehr als 399.000 Arbeitslose und Schulungsteilnehmer in Österreich.

Rund 20.000 der neuen Arbeitslosen waren vorher in Beherbergungen und der Gastronomie beschäftigt. Der Anstieg lässt sich zu einem hohen Anteil mit dem vorzeitigem Saisonende im Tourismus erklären und dem Umstand, dass kaum jemand aktuell zu arbeiten beginnt, sagte Kopf der APA. In Österreich wurde die Skisaison aufgrund der Ausbreitung des Corona-Virus schon am vergangenen Sonntag beendet. Zudem müssen Lokale und Restaurants seit Beginn der Woche geschlossen bleiben.

20:17 Uhr - Corona-Pandemie: Fast 36.000 Corona-Kranke, 470 Tote

In Italien gibt es inzwischen mehr als 35.700 nachweislich mit dem Corona-Virus infizierte Menschen. Die Zahl der Toten im Zuge der Pandemie stieg um mehr als 470 auf rund 3.000. Diese Zahlen gab der Zivilschutz in Rom am Mittwoch bekannt. Damit kamen innerhalb eines Tages mehr als 4.000 Nachweise hinzu. Die Dunkelziffer nicht erfasster Infektionen dürfte Experten zufolge allerdings sehr hoch sein. Italien ist in Europa derzeit am härtesten von der Ausbreitung der neuen Lungenkrankheit Covid-19 betroffen.

19:30 Uhr - Hotline für einsame Senioren wegen Corona bundesweit erreichbar

Vom Besuch bei Oma und Opa wird derzeit abgeraten – dafür ist jetzt wegen der Coronavirus-Krise eine Berliner Hotline für einsame Senioren bundesweit erreichbar. Das Silbertelefon kann jetzt aus ganz Deutschland angerufen werden", teilte Initiatorin Elke Schilling vom Verein Silbernetz am Mittwoch mit. Förderer hätten angesichts der besonderen Situation grünes Licht für die Ausweitung des Angebots gegeben. Wir rechnen damit, dass die Corona-Isolation viel Gesprächsbedarf bedeutet.

18:38 Uhr - Lohnlücken bei Kurzarbeitergeld sollen abgefedert werden

In der Corona-Krise wollen Politik und Sozialpartner Lohnlücken beim Kurzarbeitergeld gemeinsam abfedern. Das sagte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) am Mittwoch nach einem Spitzentreffen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften am Mittwoch in Berlin. Außerdem sollten "unverhältnismäßige Lohneinbrüche" bei einem Arbeitsausfall wegen notwendiger Kinderbetreuung vermieden werden.

18.03.2020 18:00 Uhr - Berlin muss Abgeordnetenhaussitzung absagen

Weil der mit dem Corona-Virus infizierte israelische Botschafter Jeremy Issacharoff am 9. März an einer Veranstaltung des Berliner Abgeordnetenhauses teilgenommen hatte, muss wohl die Sitzung des Landesparlamentes am Donnerstag ausfallen. Dies berichtete der *Tagesspiegel*. Dieser berief sich auf eine Mail des Präsidenten des Gremiums, Ralf Wieland (SPD), die dieser an die Abgeordneten verschickt hatte.

17:16 Uhr - Präsident Trump verhängt wirtschaftlichen Ausnahmezustand

Angesichts der dramatischen Corona-Krise hat US-Präsident Donald Trump ein Gesetz aktiviert, das es der US-Regierung ermöglicht, weitreichende Eingriffe in das Wirtschaftsleben zu tätigen, etwa die Zivilwirtschaft zu kontrollieren, um seltene Waren für die "nationale Verteidigung" zu mobilisieren. Das Gesetz, der sogenannte Defense Production Act, stammt aus dem Jahr 1950.

16:36 Uhr - Erste Stadt in Deutschland verhängt Ausgangssperre

Das für die bayerische Stadt Tirschenreuth zuständige Landratsamt hat aufgrund der akuten Corona-Epidemie eine Ausgangssperre verhängt. Die Ausgangssperre ist bis zum 2. April geplant. Der Ort liegt in der Oberpfalz. Obwohl die Einwohnerzahl nur 6.000 beträgt, gibt es bereits 19 Menschen, die sich mit dem Virus infiziert haben.

15:24 Uhr - **Angst vor Corona-Verbreitung: Afrika schließt Europäern die Tore**

Weil sich die Corona-Pandemie zurzeit vor allem in Europa ausbreitet, haben eine ganze Reihe von afrikanischen Staaten strenge Schranken für die Einreise aus europäischen Ländern beschlossen. Tunesien und Mauretanien etwa wiesen Italiener aus, die sich nicht an die Quarantänemaßnahmen gehalten hatten. In einer dramatischen Umkehrung der bisherigen Situation verschließt nun also der afrikanische Kontinent seine Türen für Reisende aus Europa.

Viele afrikanische Staaten haben bereits strenge Vorkehrungen getroffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. So haben etwa Ruanda und Senegal alle öffentlichen Veranstaltungen verboten. Südafrika, das weitaus weniger Fälle registriert hat als Deutschland, rief bereits den Katastrophenfall aus und hat über 10.000 Visa gekündigt. Algerien und Marokko haben sämtliche Luft- und Seeverbindungen zu den europäischen Staaten unterbrochen.

Südafrika führte zudem eine Visumpflicht für Länder ein, die eine hohe Fallzahl von Corona-Erkrankungen haben, so etwa auch Deutschland.

15:01 Uhr - **Corona-Virus: Mehr Tote in Europa als in Asien**

Die Zahl der Corona-Virus-Toten in Europa übersteigt inzwischen die Zahl der Todesfälle in Asien. Das zeigt eine Zählung der Nachrichtenagentur *AFP*. Bis Mittwochmittag MEZ zählte Europa mindestens 3.421 Todesfälle, in Asien waren es 3.384.

Mit dem Virus haben sich inzwischen weltweit mehr als 194.000 Menschen infiziert, 7.873 sind an der COVID-19-Krankheit gestorben.

14:45 Uhr - **Wegen Corona-Virus-Pandemie: ESC wird abgesagt**

Der 65. Eurovision Song Contest findet wegen der Corona-Krise nicht statt. Dies teilte der Veranstalter, die European Broadcasting Union, heute mit.

14:32 Uhr - **Bosnien-Herzegowina verhängt wegen Corona-Krise Ausnahmezustand**

Bosnien-Herzegowina hat zur Bekämpfung der Corona-Virus-Pandemie den Ausnahmezustand verhängt. Das Kabinett von Ministerpräsident Zoran Tegeltija entschied dies auf Grundlage des geltenden Katastrophenschutzgesetzes. Der Ausnahmezustand gibt Regierung und Behörden zusätzliche Rechte, um Schaden von den Bürgern und deren Eigentum abzuwenden.

Die weitgehend autonome serbische Landeshälfte hatte für sich bereits am Montag den Ausnahmezustand verhängt. Bosnien ist seit dem Krieg in den 1990er Jahren in die muslimisch-kroatische Föderation und die serbische Republika Srpska unterteilt. Am Mitwoch waren in dem Land nach offiziellen Angaben 38 Menschen nachweislich mit dem Virus SARS-CoV-2 infiziert.

14:00 Uhr - **Ausgangssperre in Frankreich: Kontrollen der Polizei – 135 Euro Bußgeld**

Seit Dienstagnachmittag habe es rund 10.000 Kontrollen gegeben, teilte die Pariser Polizeipräfektur auf Anfrage der *Deutschen Presse-Agentur* mit. Zudem seien 518 Verwarnungen ausgesprochen worden. Wer gegen die Vorgaben der Ausgangssperre verstößt, muss ein Bußgeld in Höhe von 135 Euro zahlen. Bei schweren Verstößen gebe es eine Geldstrafe von 375 Euro.

Die landesweite Ausgangssperre war Dienstagmittag in Kraft getreten. Die Polizei überprüfte am Mittwoch vermehrt Ausgangsformulare in den Straßen der französischen Hauptstadt, vor allem in der Nähe der Sehenswürdigkeiten. Vor dem Eiffelturm wurden Jogger, Passanten und Autofahrer kontrolliert. Auch auf der Prachtstraße Champs-Élysées gab es Kontrollen.

Die Sehenswürdigkeiten und Plätze in der französischen Hauptstadt waren am Mittwoch fast menschenleer. Polizeibeamte kontrollierten vermehrt Ausgangsformulare in den Straßen von Paris.

13:15 Uhr - **Kilometerlange Lkw-Staus an den Grenzübergängen zu Polen**

Wegen der Kontrollen, die Polen am Wochenende an den Grenzübergängen zu Deutschland eingeführt hat, kommt es zu kilometerlangen Staus. Auf der Autobahn 4 in Richtung Görlitz (Sachsen) hat der Stau über Nacht eine Länge von rund 65 Kilometern erreicht, berichtet der *MDR*.

Der polnische Grenzschutz reagierte am Mittwochvormittag und öffnete vier weitere Übergänge für den Autoverkehr. Pkw-Fahrer und Kleintransporter könnten ab sofort die bislang nur für Fußgänger gedachten Grenzübergänge in Frankfurt/Oder-Słubice, in Kostrzyn nad Odrą und in Zgorzelec nutzen, teilte der Grenzschutz am Mittwoch mit. Der Übergang in Guben/Gubin sei dagegen nur für Pkws möglich, berichtet der *MDR*.

12:40 Uhr - **Montenegro: Erste Corona-Virus-Infektionen gemeldet**

Im kleinen Westbalkan-Staat (rund 642.000 Einwohner) wurden die ersten Corona-Virus-Infektionen verzeichnet. Nach Angaben des staatlichen Fernsehens wurden in Montenegro zwei Frauen auf das Corona-Virus positiv getestet. Eine war aus den USA und die andere aus Spanien zurückgekehrt. Sie werden auf einer Isolierstation im Klinikum in der Hauptstadt Podgorica behandelt. Den Frauen (Jahrgang 1948 und 1973) gehe es derzeit gut.

18.03.2020 12:13 Uhr - NRW: Zahl der Infizierten steigt weiter an – Die meisten Ansteckungen im Kreis Heinsberg

Das Corona-Virus breitet sich in NRW weiter aus. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums gibt es inzwischen 3.840 bestätigte Fälle. Zwölf der Infizierten sind gestorben.

Die meisten Infektionen wurden weiterhin im Kreis Heinsberg gemeldet – 789 sind es derzeit. Dreistellige Zahlen gibt es auch aus Köln (327), aus der Städteregion Aachen (259), aus dem Kreis Borken (123), dem Kreis Wesel (116), aus Essen (115) und Münster (103).

Nach dem Erlass der Landesregierung von Dienstagabend sind ab heute fast alle Geschäfte zu, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Ausnahmen: Lebensmittelgeschäfte, Wochenmärkte, Abhol- und Lieferdienste, Getränkemärkte, Apotheken, Poststellen, Frisöre, Reinigungen, Waschsalons, Zeitungsverkauf, Bau-, Gartenbau- und Tierbedarfsmärkte. Dienstleister und Handwerker können ihrer Tätigkeit weiter nachgehen. Einkaufs- und Outletcenter dürfen nur geöffnet werden, wenn sich dort von der Schließung ausgenommene Geschäfte befinden.

12:00 Uhr - Bayern verschiebt Start der Abitur-Prüfungen

In Bayern wird der Beginn der Abiturprüfungen vom 30. April auf den 20. Mai 2020 verschoben. Das teilte das Kultusministerium am Mittwoch in München mit. Wegen der Einstellung des Unterrichts bis nach den Osterferien hätten die Schüler ohne eine Änderung des Terminplans nicht genügend Vorbereitungszeit.

11:45 Uhr - Polizei: Mehr als 100 Nicht-EU-Fluggäste in Frankfurt abgewiesen

Die Bundespolizei hat am Frankfurter Flughafen bis zum späten Mittwochvormittag bereits 139 Fluggäste aus Nicht-EU-Ländern an der Einreise gehindert. Die Menschen warteten auf der Wache oder im Transitbereich auf ihre Rückflugmöglichkeiten, sagte ein Sprecher der Bundespolizei. Sie kämen aus vielen verschiedenen Staaten wie den USA, Brasilien oder Thailand.

Die Bundespolizei setzt seit Dienstagabend das wegen der Corona-Krise verhängte weitgehende Einreiseverbot für Nicht-EU-Bürger um. Es wurden bereits mehr als 5.000 Menschen kontrolliert. Die Europäische Union will mit sofortiger Wirkung für 30 Tage ein Einreiseverbot durchsetzen, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu bremsen.

Staatsangehörigen von EU-Staaten und deren Angehörigen wird die Durchreise durch Deutschland gestattet. Das gilt auch für Bürger aus Großbritannien, Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz. Es gibt auch Ausnahmen für Drittstaatsangehörige mit längerfristigem Aufenthaltsrecht in einem EU-Staat.

10:55 Uhr - Kanzlerin Merkel will in Fernseh-Ansprache über Corona-Maßnahmen informieren

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird sich heute Abend nach der *heute*-Sendung um 19 Uhr im *ZDF* in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung wenden. Sie wolle über die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Corona-Krise informieren. Es gehe dabei nicht um zusätzliche Maßnahmen, sagte ein Regierungssprecher.

Es geht um das, was in Deutschland jetzt zu tun ist, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und wie jeder sich daran beteiligen soll.

10:40 Uhr - BMW stoppt Produktion bis 19. April

Der Autohersteller BMW stoppt wegen der Ausbreitung des Corona-Virus seine Autoproduktion in Europa für vier Wochen. Vorstandschef Oliver Zipse sagte am Mittwoch in München:

Ab heute fahren wir unsere europäischen Automobilwerke und das Werk Rosslyn in Südafrika herunter. Die Produktionsunterbrechung wird voraussichtlich bis zum 19. April eingeplant.

Bereits am Dienstag hatten VW, Mercedes und Audi angekündigt, den Betrieb auszusetzen. Der Autobauer Audi stellt die Produktion in seinen europäischen Werken und in Mexiko zum Ende der Woche ein. Bei VW stehen die Bänder ab Schichtende Freitagnacht (20. März) still.

10:24 Uhr - Israels Botschafter in Berlin mit Corona-Virus infiziert

Israels Botschafter in Berlin, Jeremy Issacharoff (65), und ein weiterer israelischer Diplomat haben sich mit dem Corona-Virus angesteckt. Die beiden Diplomaten seien nach einem Treffen mit einem infizierten Bundestagsabgeordneten positiv getestet worden, teilte das israelische Außenministerium am Dienstag mit. Sie seien zu Hause, und es gehe ihnen gut. Die israelische Botschaft in Berlin werde geschlossen. 150 Botschaftsangestellte seien in Heimquarantäne.

In Israel selbst gibt es jetzt 427 Infizierte. Fünf von ihnen sind in einem kritischen Stadium. Laut dem Gesundheitsministerium des Landes sei die Zahl der Corona-Fälle binnen 24 Stunden um 40 Prozent gestiegen.

10:20 Uhr - RKI: Virus-Ausbreitung stoppen, sonst Millionen Infizierte in zwei Monaten

Wenn wir es nicht schafften, die Corona-Virus-Ausbreitung zu verlangsamen, könnte es in den nächsten zwei Monaten bis zu zehn Millionen Infizierte geben, sagte Lothar Wieler, Präsident des Robert Koch-Instituts (RKI), am Mittwoch vor der Presse.

10:09 Uhr - Von der Leyen: "Wir haben das Virus unterschätzt"

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen räumt Versäumnisse der Politik im Umgang mit dem Corona-Virus ein. Ich glaube, wir alle, die wir nicht die Experten sind, haben am Anfang das Corona-Virus unterschätzt", sagte sie in der Sendung Bild live, die in der Nacht zu Mittwoch veröffentlicht wurde.

Aber inzwischen zeige sich auch, dass das Virus uns noch lange beschäftigen werde. All diese Maßnahmen, die sich für unsere Ohren noch vor vierzehn Tagen oder drei Wochen drastisch, drakonisch angehört haben – wir haben verstanden, dass das jetzt sein muss. Das sei sehr schwer. "Aber ich glaube, die Bevölkerung macht da gut mit."

10:00 Uhr - Corona-Krise trifft auch Tennissport: French Open auf September verschoben

Die French Open in Paris werden von Mitte Mai auf den Zeitraum 20. September bis 4. Oktober 2020 verlegt. Eigentlich waren die French Open als zweites Grand-Slam-Turnier der Saison vom 24. Mai bis zum 7. Juni terminiert. Doch zuletzt waren bereits alle Veranstaltungen auf der Damen- und Herren-Tour ausgesetzt worden, darunter die kombinierten Turniere in Indian Wells und Miami sowie der Start in die europäische Sandplatz-Saison mit dem WTA-Turnier in Stuttgart.

09:48 Uhr - Deutschland: Zahl der Corona-Infizierten und Toten steigt weiter an

Laut der John-Hopkins-Universität aus Baltimore sind in Deutschland mittlerweile 9.257 Menschen infiziert. 24 Bürger aus Deutschland starben demnach an der Krankheit, 67 gelten als genesen.

Zurzeit liegen nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) rund 500 Menschen mit einer Corona-Infektion in deutschen Kliniken. Diese Zahl könnte sich in den den kommenden Tagen etwa verdreifachen, wie DKG-Präsident Gerald Gaß den Zeitungen der *Funke Mediengruppe* sagte. Die Kliniken wären damit nicht überfordert.

17.03.2020 22:00 Uhr - Corona trifft die Schwächsten: Tafeln werden schließen

Wegen der Corona-Krise werden bundesweit über 200 Tafeln schließen. Das gab der Dachverband Tafel Deutschland e.V. auf seiner Website bekannt. Die Schließungen seien überwiegend präventiv, denn etwa 90 Prozent der 60.000 ehrenamtlichen Helfer seien ältere Menschen, die besonders für die Corona-Epidemie anfällig seien. Der Dachverband der Tafeln ruft insbesondere jüngere Menschen dazu auf, sich verstärkt zu engagieren. Auch finanzielle Unterstützung sei nötig.

21:46 Uhr - US-Finanzminister: Corona-Hilfe soll eine Billion Dollar umfassen

Die US-Regierung will mit einem Hilfspaket rund eine Billion US-Dollar (900 Milliarden Euro) in die Wirtschaft pumpen. Es gehe darum, die Menschen und die Unternehmen angesichts der Corona-Krise jetzt zu unterstützen, sagte Finanzminister Steven Mnuchin am Dienstag nach Gesprächen im US-Kongress. Die Gespräche zwischen Regierung und Parlament liefen derzeit noch, sagte er. Kurz zuvor hatte US-Präsident Donald Trump angekündigt, man arbeite an einem "großen" und "kühnen" Paket. Einzelheiten zu den geplanten Hilfen waren zunächst allerdings noch unklar.

Mnuchin hatte kurz zuvor erklärt, Ziel sei es, US-Amerikanern innerhalb der kommenden zwei Wochen finanzielle Hilfen zukommen zu lassen - und nicht erst verzögert, zum Beispiel durch Erleichterungen bei der Lohnsteuer. Sie bräuchten sofort Geld. Erwogen werde auch, Bürgern Schecks auszuhändigen. An wen genau welche Hilfen fließen sollten, ließ der Finanzminister offen. Auch Fluggesellschaften und Hotelindustrie sollen demnach Unterstützung bekommen. Mnuchin sagte, für Airlines sei die aktuelle Krise härter als die Krise nach den Anschlägen vom 11. September 2001.

Das US-Repräsentantenhaus hatte sich vor wenigen Tagen mit der Regierung von Trump bereits auf ein milliardenschweres Hilfspaket für Familien geeinigt. Die Abstimmung im Senat steht noch aus. Der republikanische Mehrheitsführer in der Kammer, Mitch McConnell, betonte am Dienstag, dass dies schnellstmöglich passieren soll. Details zu dem noch größeren Hilfspaket nannte er anders als der Finanzminister zunächst nicht, stellte aber klar: Ein zusätzliches Gesetz von viel größeren Ausmaßen ist nötig, um dieser Krise zu begegnen."

20:26 Uhr - EU-Gipfel verspricht jede verfügbare Hilfe für die Wirtschaft

In der Corona-Krise haben die EU-Staats- und Regierungschefs der europäischen Wirtschaft jede verfügbare Hilfe zugesagt. Was immer nötig" sei, werde gegen die Folgen der Krise getan, sagte EU-Ratschef Charles Michel am Dienstagabend nach einem Gipfel im Videoformat. Damit schlossen sich die Staats- und Regierungschefs den Beschlüssen der Finanzminister der 27 Staaten an.

Immer mehr Firmen geraten durch Laden- und Werksschließungen massiv unter Druck. Die Börsen brechen ein. Die EU-Kommission rechnet mit einer Rezession in diesem Jahr. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte vor der Videoschalte mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und den übrigen Staats- und Regierungschefs erklärt: Ganz wichtig ist in diesen Tagen, unsere Wirtschaft zu schützen."

Schon jetzt haben die Staaten der Eurozone Schätzungen zufolge mehr als eine Billion Euro an Wirtschaftshilfen in Aussicht gestellt. Nach einer Erklärung der Eurogruppe wurden etwa 10 Prozent der gemeinsamen Wirtschaftskraft in Form von Kreditgarantien oder gestundeten Steuerschulden an Liquiditätshilfen zugesagt, zudem 1 Prozent für direkte Finanzspritzen - das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone liegt bei mehr als elf Billionen Euro.

20:07 Uhr - Merkel: Deutschland wird Einreiserestriktionen sofort umsetzen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat eine umgehende Umsetzung der Einreisebeschränkungen für Nicht-EU-Bürger nach Deutschland zugesagt.

Deutschland wird das sofort umsetzen", sagte Merkel am Dienstag in Berlin auf einer Pressekonferenz nach dem Videogipfel mit ihren EU-Kollegen zum Vorgehen in der Coronavirus-Krise.

Die Beschränkung gelte zunächst für 30 Tage. Die Staats- und Regierungschefs sprachen auch über den gemeinsamen Kampf gegen die dramatischen wirtschaftlichen Folgen der Epidemie. Wichtig sei es, den freien Fluss von Waren aufrechtzuerhalten, sagte Merkel. Es müsse mit "ernsten, sehr ernsten Konsequenzen" für die Wirtschaft gerechnet werden.

19:27 Uhr - EU beschließt Einreisestopp

Berichten zufolge haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten auf ihrer Videokonferenz beschlossen, keine weiteren Nicht-EU-Bürger in das Gebiet der EU einreisen zu lassen. Die Bundespolizei sei angewiesen Bürger von Nicht-EU-Staaten etwa an den Flughäfen Frankfurt und München abzuweisen, wie der Spiegel berichtete.

19:00 Uhr - Lettische Regierung will Wahl in Riga wegen Coronavirus verschieben

In Lettland soll wegen der Ausbreitung des Coronavirus die vorgezogene Kommunalwahl in der Hauptstadt Riga verschoben werden. Die Regierung in Riga beschloss am Dienstag eine vom Regionalministerium vorgeschlagene Verlegung des Urnengangs auf den 6. Juni. Der neue Termin muss noch vom Parlament gebilligt werden. Ursprünglich war die Wahl für den 25. April geplant.

Nach Angaben von Umwelt- und Regionalminister Juris Puce sei nicht ausgeschlossen, dass die Wahl noch weiter verschoben werden könne. Der neue Termin sei unter der Annahme festgelegt worden, dass Lettland die Corona-Krise innerhalb von zwei Monaten überwinde, sagte er auf der Kabinettssitzung.

In Lettland gab es bislang 60 nachgewiesene Infektionsfälle. Die Regierung hat wegen der Ausbreitung des Coronavirus bis Ostern den landesweiten Notstand ausgerufen. Öffentliche Veranstaltungen sind untersagt, Schulen und Kindergärten geschlossen.

Das lettische Parlament hatte im Februar den Stadtrat von Riga aufgelöst und damit den Weg für eine vorgezogene Kommunalwahl freigemacht. Damit endete ein monatelanger Machtkampf im Rathaus der rund 700.000 Einwohner zählenden Ostseemetropole.

18:25 Uhr - Bund und Länder einigen sich auf Krankenhaus-Notfallplan

Bund und Länder haben am Dienstag im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus einen Notfallplan für die Krankenhäuser in Deutschland beschlossen. In dem der Deutschen Presse-Agentur in Berlin vorliegenden Beschluss heißt es, durch das "Auf-, Aus- und Umrüsten von Rehabilitationseinrichtungen, Hotels oder größeren Hallen können für die zahlreichen leichteren Behandlungsverläufe zusätzliche Kapazitäten aufgebaut werden". Zuerst hatte *Der Spiege*l über den Plan berichtet.

18:01 Uhr - Von der Leyen hofft auf Corona-Impfstoff vor Herbst

Zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie hofft EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen noch vor Herbst auf einen wirksamen Impfstoff gegen das Corona-Virus. Die EU werde die Tübinger Firma CureVac bei der Entwicklung mit bis zu 80 Millionen Euro unterstützen, bestätigte die CDU-Politikerin in einem am Dienstag auf Twitter verbreiteten Video. Und ich hoffe sehr, dass wir so vor Herbst Impfstoffe auf dem Markt haben." Diese könnten viele Leben in Europa und dem Rest der Welt retten.

Der Präsident des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, und weitere Experten rechnen mit einem marktfähigen Impfstoff frühestens nächsten Frühling.

Am Wochenende hatte es Berichte gegeben, wonach die USA exklusiv die Rechte an einem Impfstoff gegen das Coronavirus von CureVac erwerben wollten. Die finanzielle Unterstützung der EU könnte in Form einer EU-Garantie für ein Darlehen der Europäischen Investitionsbank kommen, wie die EU-Kommission bereits am Montag mitgeteilt hatte.

Das Biotech-Unternehmen hatte der *Schwäbischen Zeitung* mitgeteilt, eine Übernahme durch ein US-amerikanisches Unternehmen oder durch die USA stehe nicht im Raum. Zwar bestehe durchaus Interesse aus den USA an der Arbeit von CureVac, aber Corona ist ein weltweites Problem, dafür arbeiten wir", sagte Franz-Werner Haas, der für die Produktion verantwortliche Vorstand bei CureVac.

Seit Januar forscht CureVac an einem Impfstoff gegen das Coronavirus.

17:52 Uhr # Fahrradläden sollen in Berlin offen bleiben

Virologen raten Großstadtbewohnern, Rad zu fahren. Der Berliner Senat reagiert. Fahrradläden dürfen weiter öffnen und Next-Bike Leihräder sind 30 Minuten kostenlos.

"Fahrrad für alle, die in der Lage sind", sei eine einfache Intervention, habe jenen Dreifacheffekt und sei deshalb "wahrscheinlich hocheffektiv", sagt der Epidemiologe und frühere Chef des Deutschen Cochrane-Zentrums in Freiburg, Gerd Antes. Ihm sei "völlig unverständlich, warum das nicht pausenlos in die Köpfe getrieben" werde.

17.03.2020 17:31 Uhr - Iran: Hafturlaub für Gefangene wegen Coronakrise

Wegen der Coronakrise bekommen Gefangene im Iran vorübergehend Hafturlaub. Vor dem persischen Neujahr am 20. März durften landesweit 85.000 Gefangene die Haftanstalten für zwei Wochen verlassen, wie die Justiz nach Angaben der Nachrichtenagentur Insa am Dienstag mitteilte. Darunter sind nach Angaben von Justizsprecher Gholam-Hussein Ismaili auch "wegen sicherheitstechnischer Delikte inhaftierte Gefangene".

Viele von ihnen tragen Ismaili zufolge elektronische Fußfesseln. Ihre Standorte werden während der zweiwöchigen Neujahrsferien konstant kontrolliert. Die Coronakrise hat den Iran hart getroffen. Bis jetzt gab es fast 1000 Tote. Mehr als 16 000 Menschen sind mit dem Sars-CoV-2 Virus infiziert. Um dessen Verbreitung in den Gefängnissen zu vermeiden, gewährte die Justiz zunächst 70.000, dann 83.000 und nun schließlich 85.000 Häftlingen Urlaub. Ausgeschlossen sind Schwerkriminelle.

17:13 Uhr - Daimler stoppt wegen Coronavirus Großteil der Produktion in Europa

Der Autobauer Daimler stoppt wegen der Ausbreitung des Coronavirus einen Großteil seiner Produktion in Europa. Die Maßnahme beginne noch in dieser Woche und dauere zunächst zwei Wochen, teilte der Konzern am Dienstag mit.

17:09 Uhr - Bordelle schließen wegen Corona-Krise

Deutschland schottet sich im Zuge der Corona-Pandemie ab. Das trifft jeden, auch das horizontale Gewerbe. Seit vergangenem Samstag sind in Berlin und anderen Bundesländern alle Bordelle geschlossen. Dem Rotlichtmilieu gehen buchstäblich die Lichter aus.

17:00 Uhr - Erste Testperson erhält potentiellen Corona-Impfstoff

In den USA hat erstmals eine freiwillige Testperson einen möglichen Impfstoff gegen das Virus Sars-CoV-2 injiziert bekommen. Die 43-jährige Jennifer Haller erhielt die Dosis in einem Forschungsinstitut in der nordwestlichen Metropole Seattle.

Es handelt sich um die erste Phase eines klinischen Tests des Impfstoffs. 45 freiwillige Teilnehmer zwischen 18 und 55 sollen in den kommenden Wochen daran teilnehmen. Ihnen werden jeweils zwei Dosen von bis zu einem halben Milligramm gespritzt. Dafür erhalten sie eine Entschädigung von je 1.100 Dollar.

Unter Wissenschaftlern gilt das schnelle Vorgehen als umstritten, einige warnen vor unkalkulierbaren Risiken. Die Erprobung eines neuen Impfstoffes ist ein hochkomplexes, mehrstufiges Verfahren und dauert normalerweise mehrere Jahre.

16:19 Uhr - NRW-Landesvater mahnt: "Es geht um Leben und Tod"

Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat die Lage in seinem Bundesland "dramatisch" genannt: Wir befinden uns in einer schweren Krise. Die Landesregierung arbeitet Tag und Nacht daran, die Corona-Virus-Pandemie einzudämmen. Wir werden es nur gemeinsam schaffen, das Virus zu bekämpfen, wenn jetzt alle mitmachen und helfen, Menschenleben zu retten. Es geht um Leben und Tod. So einfach ist das. Und so schlimm", warnte Laschet. Er rief daher seine Bürger auf, zu Hause zu bleiben. Das sei der einzige Weg, dabei zu helfen, den Virus einzudämmen.

Insgesamt gibt es in Nordrhein-Westfalen 3.060 Infizierte und zwölf Tote.

15:47 Uhr - Corona-Krise: Richter diskutieren Änderung der Strafprozessordnung

Die Ausbreitung des Corona-Virus bringt die Möglichkeit einer Änderung der Strafprozessordnung auf die politische Agenda. Die Politik sei für das Thema sensibilisiert, so der Deutsche Richterbund (DRB) am Dienstag in Berlin. Ob und inwieweit es gesetzliche Änderungen etwa bei Unterbrechungsfristen für Strafprozesse braucht, befindet sich derzeit in der Prüfung", sagte DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn der Deutschen Presse-Agentur.

Laut Strafprozessordnung darf eine Hauptverhandlung in der Regel für höchstens vier Wochen unterbrochen werden. Nur bei Krankheit eines entscheidenden Prozessbeteiligten ist eine längere Unterbrechung möglich. In Paragraf 229 heißt es:

Wird die Hauptverhandlung nicht spätestens am Tage nach Ablauf der in den vorstehenden Absätzen bezeichneten Frist fortgesetzt, so ist mit ihr von neuem zu beginnen."

Einen Passus für eine Ausnahmesituation wie die rasante Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus Sars-CoV-2 sieht er nicht vor.

Die Vorsitzende des Bayerischen Richterbundes, Andrea Titz, sagte, die maximal zulässige Unterbrechungsfrist könne zum Problem werden. Sie fügte aber hinzu:

Wir befinden uns ohne Zweifel in einer absoluten Ausnahmesituation, in der man im Moment genug zu tun hat, die Lage stets neu zu bewerten und darauf so flexibel wie möglich zu reagieren, ohne sofort mit Forderungen an den Gesetzgeber zu reagieren."

15:08 Uhr - Berlin: Senat plant ein COVID-19-Krankenhaus

Gemeinsam mit der Bundeswehr und weiteren Partnern plant Berliner Landesregierung, ein COVID-19-Krankenhaus für bis zu 1.000 Patienten aufzubauen. Dort sollen sowohl leichtere Fälle versorgt werden als auch Intensivpatienten, die auf Beatmungsgeräte angewiesen seien.

Das teilte Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) am Dienstag mit. Damit sei der Senat ihrem Vorschlag gefolgt. "Diese Maßnahme ist eine Ergänzung zu der gut aufgestellten Berliner Krankenhauslandschaft, um möglichen Engpässen zu begegnen", so Kalayci. Die Gesundheitsverwaltung meldete zuletzt 332 bestätigte Infizierte in der Hauptstadt (Stand Montag 16.30 Uhr).

14:40 Uhr - Spanien: Video zeigt Streik im Mercedes-Werk

Nach Italien ist Spanien das von der Krise am stärksten betroffene Land Europas. Bisher gibt es über 11.000 Infizierte, 490 Tote. Die Regierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez hatte aufgrund der hohen Infektionsrate eine landesweite Ausgangssperre verhängt, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Zahlreiche Unternehmen im Land wie etwa VW haben inzwischen oder planen, ihre Produktion vorläufig auszusetzen.

Im Internet kursiert nun ein Video, auf dem zu sehen ist, wie die Belegschaft des Mercedes-Werks im baskischen Vitoria-Gasteiz die Produktionslinien gestoppt hätte. Rund 5.000 Menschen arbeiten dort. Das Unterehmen hätte sich demnach geweigert, die Produktion zu stoppen, obwohl die Beschäftigten jedoch auf die hohe Ansteckungsgefahr hingewiesen hätten.

14:24 Uhr - Friedrich Merz mit Corona-Virus infiziert

Ex-Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat sich mit dem neuartigen Corona-Virus angesteckt.

Ein am Sonntag bei mir durchgeführter Corona-Test ist positiv. Ich werde bis Ende nächster Woche zu Hause unter Quarantäne stehen", sagte er am Dienstag. Der 64-Jährige ergänzte: "Zum Glück habe ich nur leichte bis mittlere Symptome. Alle Termine sind abgesagt. Ich folge strikt den Anweisungen des Gesundheitsamtes."

14:06 Uhr - Wien: Regulärbetrieb des Flughafens steht vor Schließung

Der Flughafen Wien-Schwechat steht de facto vor der Schließung des Regulärbetriebs. Die Austrian Airlines und die Laudamotion hatten zuvor angekündigt, wegen der Corona-Virus-Pandemie vorerst keine Linienflüge mehr durchzuführen. Nur für Frachtflüge und Rückholaktionen des Außenministeriums soll ein Notbetrieb aufrechterhalten werden, hieß es am Dienstag in Wien.

Gespenstisch leerer Terminal auf dem Wiener Flughafen Schwechat: Der Airport klagt über Passagierrückgänge von minus 70 bis minus 80 Prozent.

17.03.2020 13:51 Uhr - Polen: Regierung unter Qaurantäne

In Polen ist die gesamte Regierung wegen der Ansteckung eines Ministers unter Quarantäne. Umweltminister Michal Wos wurde positiv getestet. Er hatte sich auf Corona-Virus testen lassen, nachdem er zuvor mit einem Mitarbeiter der Forstbehörde Kontakt hatte, bei dem die Infektion festgestellt wurde.

Alle Regierungsmitglieder hätten inzwischen einen Corona-Virus-Test vornehmen lassen, teilte das Büro des Ministerpräsidenten mit. Die Untersuchungsergebnisse würden am Dienstag erwartet. Dem infizierten Umweltminister geht es den Angaben zufolge gut.

13:45 Uhr - Flixbus stellt um Mitternacht Betrieb bis auf weiteres ein

Der Fernbusanbieter Flixbus stellt den Betrieb bis auf weiteres wegen der Corona-Virus-Krise ab Mitternacht ein. Flixbus werde alle nationalen sowie grenzüberschreitenden Verbindungen von und nach Deutschland ab 17. März 2020 24 Uhr aussetzen, teilte das Unternehmen am Dienstag in München mit. Betroffene Fahrgäste würden informiert und erhielten einen Gutschein über den gesamten Ticketpreis ohne Stornierungsgebühr an die bei der Buchung angegebene Email-Adresse. Flixbus verbindet aktuell nach eigenen Angaben mehr als 2.500 Ziele in 32 Ländern.

12:30 Uhr - Corona-Virus: In Frankreich beginnt 15-tägige Ausgangssperre

In Frankreich hat im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie eine landesweite Ausgangssperre begonnen. Seit Dienstag um 12 Uhr dürfen die Menschen für zunächst 15 Tage nur noch das Haus verlassen, wenn es unbedingt notwendig ist. Das hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Montagabend in einer TV-Ansprache angekündigt. Wer vor die Tür will, muss nun ein entsprechendes Formular bei sich tragen.

Der leere Trocadéro-Platz in der Nähe des Eiffelturms in Paris: Seit Dienstag um 12 Uhr dürfen die Menschen in Frankreich für zunächst 15 Tage nur noch das Haus verlassen, wenn es unbedingt notwendig ist.

Erlaubt sind: Lebensmittel einkaufen, zur Arbeit fahren, zum Arzt gehen, Kinder zur Betreuung bringen, Hilfsbedürftigen helfen oder allein Sport machen. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss eine Geldstrafe zahlen. Die Einhaltung der Ausgangssperre wird von mehr als 100.000 Sicherheitskräften im Land überwacht.

11:55 Uhr - Tschechien holt Urlauber mit Bussen aus Deutschland zurück

Tschechien holt gestrandete Urlauber mit Bussen aus dem Ausland zurück. Aktuell sind Verbindungen aus Berlin und Frankfurt in Deutschland sowie aus Slowenien, Kroatien und Großbritannien geplant, wie das Außenministerium in Prag am Dienstag bekanntgab. Den Transport übernimmt die Feuerwehr.

Die Touristen hängen im Ausland fest, weil Anschlussflüge nach Tschechien gestrichen wurden. Grund dafür ist, dass der EU-Mitgliedstaat den Notstand ausgerufen und einen weitgehenden Ein- und Ausreisestopp verhängt hat. Auch alle grenzüberschreitenden Bahn- und Busverbindungen sind unterbrochen.

Rückkehrer aus Deutschland müssen sich in eine zweiwöchige häusliche Quarantäne begeben, da Tschechien die Bundesrepublik zum Risikogebiet erklärt hat. Am vorigen Wochenende befanden sich nach Angaben der Mobilfunkbetreiber noch rund 400.000 Tschechen im Ausland, die alle eine Informations-SMS der Regierung erhielten. Wer kann, soll mit dem Auto auf eigene Faust zurückkehren.

11:47 Uhr - Hertha: Spieler positiv auf Corona-Virus getestet – Team in Quarantäne

Beim Fußball-Bundesligisten Hertha BSC ist ein erster Spieler positiv auf das Corona-Virus getestet worden. Für Mannschaft, Trainer- und Funktionsteam wurde nun eine 14-tägige häusliche Quarantäne angeordnet. Den Namen des betroffenen Spielers nannte der Club nicht.

11:06 Uhr - Serbien verschiebt wegen Corona-Pandemie für April geplante Wahlen

Serbien hat die für den 26. April geplanten Parlaments- und Provinz- sowie Kommunalwahlen wegen der Corona-Virus-Krise auf unbestimmte Zeit verschoben. Alle Aktivitäten im Zusammenhang mit den Wahlen würden ausgesetzt, bis der wegen der Pandemie erklärte Notstand wieder aufgehoben sei, teilte die zentrale Wahlbehörde am Montagabend in Belgrad mit.

Serbien hatte den Notstand am Sonntag erklärt, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen. Unter anderem wurden die Grenzen für die meisten Ausländer geschlossen, der Schulunterricht ausgesetzt, ältere Menschen in häusliche Quarantäne geschickt und der öffentliche Nahverkehr eingeschränkt. Offiziellen Angaben zufolge wurden bis Sonntag 57 mit dem Virus infizierte Personen gezählt, von denen 29 in Krankenhäusern behandelt wurden. Auf den Straßen von Belgrad sind Soldaten mit Maschinenpistolen zu sehen, die dafür sorgen sollen, dass die Auflagen der Regierung durchgesetzt werden.

10:25 Uhr - Ikea schließt alle Märkte in Deutschland

Der Möbelhändler Ikea schließt ab Dienstag alle 53 Einrichtungshäuser in Deutschland. Man wolle damit die Ausbreitung des Corona-Virus hemmen und die Mitarbeiter schützen, erklärte das Unternehmen in Hofheim bei Frankfurt. Der Onlineshop soll ebenso wie das Kunden-Servicecenter weitergeführt werden.

10:15 Uhr - RKI: Risiko-Einschätzung "hoch"

Das Robert Koch-Institut (RKI) stuft die Risiko-Einschätzung durch das Corona-Virus in Deutschland jetzt als "hoch" ein. Es fordert, die Zahl der Intensivbetten in den Krankenhäusern zu verdoppeln.

09:54 Uhr - Zu Hause bleiben: Bundesregierung spricht weltweite Reisewarnung aus

Wegen der Corona-Krise hat die Bundesregierung eine weltweite Reisewarnung für touristische Reisen ausgesprochen. Das sagte Bundesaußenminister Heiko Maas am Dienstag in Berlin. Bisher hatte das Auswärtige Amt nur von nicht notwendigen Reisen ins Ausland abgeraten.

Ein solcher Schritt erfolgt nur bei einer Gefahr für Leib und Leben. In der Corona-Krise gab es bisher nur für die chinesische Ursprungsregion des Virus eine solche Warnung. Bundesaußenminister Heiko Maas begründete den ungewöhnlichen Schritt mit den Worten: Wir müssen verhindern, dass weitere Deutsche im Ausland stranden.

Der SPD-Politiker appellierte an die Bevölkerung: Bitte bleiben Sie zu Hause!

09:40 Uhr - "Luftbrücke": Rückholaktion für im Ausland festsitzende Deutsche startet

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat eine Rückholaktion für tausende Deutsche gestartet, die wegen Reisebeschränkungen in der Corona-Krise im Ausland festsitzen. Er kündigte am Dienstag in Berlin an, bis zu 50 Millionen Euro dafür zur Verfügung zu stellen. Vor allem gehe es um Urlauber in Marokko, der Dominikanischen Republik, auf den Philippinen, in Ägypten und auf den Malediven. Der SPD-Politiker sprach von einer "Luftbrücke".

17.03.2020 08:30 Uhr - Deutschland: Zahl der Corona-Infizierten steigt

In Deutschland sind bislang mehr als 6.600 Infektionen mit dem neuen Corona-Virus bekannt. Das geht aus einer Auswertung der *Deutschen Presse-Agentur* hervor, die die gemeldeten Zahlen der Bundesländer berücksichtigt. Besonders stark betroffen sind Nordrhein-Westfalen mit mehr als 2.400, Bayern mit mehr als 1.000 und Baden-

Württemberg mit mehr als 900 Fällen. 16 mit SARS-CoV-2 Infizierte sind bislang bundesweit gestorben, ein weiterer Deutscher während einer Reise in Ägypten.

16.03.2020 21:24 Uhr - Schutzmaßnahmen für die Wirtschaft infolge der Corona-Krise

Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach umfassende Schutzmaßnahmen für "mittelständische und alle anderen Unternehmen". Dazu zählen Liquiditätshilfen und in der Folge auch Härtefallfonds. Diese müssten noch ausformuliert werden, da diese Vorgänge "einmalig" in der Geschichte der Bundesrepublik seien.

20:39 Uhr - Verbindliche Richtlinien des Bundes:

Die Bundesregierung und die Regierungschefs der Bundesländer haben am 16. März 2020 folgende Leitlinien "zum einheitlichen Vorgehen zur weiteren Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Bereich angesichts der Corona-Epidemie zusammengefasst[2]

Ausdrücklich **NICHT geschlossen** werden der Einzelhandel für Lebensmittel, Wochenmärkte, Abhol- und Lieferdienste, Getränkemärkte, Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien, Tankstellen, Banken und Sparkassen, Poststellen, Friseure, Reinigungen, Waschsalons, der Zeitungsverkauf, Bau-, Gartenbau- und Tierbedarfsmärkte sowie der Großhandel. Vielmehr sollten für diese Bereiche die Sonntagsverkaufsverbote bis auf Weiteres grundsätzlich ausgesetzt werden.

Eine Öffnung dieser genannten Einrichtungen erfolgt unter Auflagen zur Hygiene, zur Steuerung des Zutritts und zur Vermeidung von Warteschlangen. Dienstleister und Handwerker können ihrer Tätigkeit weiterhin nachgehen. Alle Einrichtungen des Gesundheitswesens bleiben unter Beachtung der gestiegenen hygienischen Anforderungen geöffnet.
Für den Publikumsverkehr zu schließen sind:
- Bars, Clubs, Diskotheken, Kneipen und ähnliche Einrichtungen
- Theater, Opern, Konzerthäuser, Museen und ähnliche Einrichtungen
- Messen, Ausstellungen, Kinos, Freizeit- und Tierparks und Anbieter von Freizeitaktivitäten (drinnen und draußen), Spezialmärkte, Spielhallen, Spielbanken, Wettannahmestellen und ähnliche Einrichtungen
- Prostitutionsstätten, Bordelle und ähnliche Einrichtungen
- der Sportbetrieb auf und in allen öffentlichen und privaten Sportanlagen, Schwimm- und Spaßbäder, Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen
- alle weiteren, nicht an anderer Stelle dieses Papiers genannten Verkaufsstellen des Einzelhandels, insbesondere Outlet-Center
- Spielplätze.

20:23 Uhr - Frankreich verhängt Ausgangssperre

"Die Menschen dürfen ihre Häuser nur noch verlassen, um einzukaufen oder zum Arzt oder zur Arbeit zu gehen", sagte Staatschef Emmanuel Macron am Montagabend in einer TV-Ansprache. Wir sind im Krieg, sagte er.

17:15 Uhr - Auch Schweiz erklärt Notstand wegen Coronavirus

Die Schweizer Regierung hat nun ebenfalls den Notstand wegen der Ausbreitung des Coronavirus erklärt. Ab Mitternacht müssten alle Geschäfte und Lokale geschlossen werden, teilte die Regierung mit.

17:03 Uhr - Corona-Impfstoff als Spielball der Geopolitik

Das Tübinger Pharma-Unternehmen CureVac arbeitet mit Hochdruck an der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Corona-Virus. Die US-Regierung versucht mit Hochdruck, sich die Rechte an diesem Impfstoff zu sichern. Insebsondere geopolitisch wären die Rechte an dem Medikament von unschätzbarem Wert. Denn nicht nur könnten die Vereinigten Staaten festlegen, wer zu welchem Preis geimpft wird. Vor allem auch: Wer nicht! Wer sich die Blutspur sogenannter ‟Sanktionen‟ genauer anschaut, dem dürfte sich das Erpressungspotential erschließen.

16:34 Uhr - Von der Leyen schlägt 30-tägiges Reiseverbot für alle EU-Bürger vor

Ein 30-tägiges Reiseverbot für die Mehrheit der EU-Bürger hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagen. Damit könne die Verbreitung des Coronavirus am besten begrenzt werden, sagte von der Leyen am Montag in Brüssel.

16:01 Uhr - Absolute Notsituation im Schulwesen:"Das gab es noch nie"

Die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) sprach im Radioprogramm *SWR Aktuell* von einer absoluten Notsituation: "Das gab's so noch nie". Sie setze darauf, dass jetzt Übungen digital an die Schüler weitergegeben würden: Wenn es irgendwie gar nicht funktioniert, greifen wir vielleicht auch einfach auf die gute alte Post zurück. Im Südwesten sollte der letzte Schultag genutzt werden, um Hausaufgaben an die Schüler zu verteilen.

---

[2] https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/vereinbarung-zwischen-der-bundesregierung-und-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-bundeslaender-angesichts-der-corona-epidemie-in-deutschland-1730934

Der Chef der Jungen Union, Tilman Kuban, sagte am Montag: "Die Corona-Krise wird zum Testlauf für die digitale Bildung in Deutschland." Die Kultusminister der Länder müssten den Betrieb für alle Stufen digital aufrechterhalten. Auch das Bundesbildungsministerium verwies auf Angebote zum Experimentieren und Lernen im Netz.

In Bayern wurde allerdings die für den Fernunterricht gedachte Online-Plattform Mebis am Montag mutmaßlich durch Hacker lahmgelegt. Seit den frühen Morgenstunden seien die Server einer Attacke ausgesetzt, twitterten die Seitenbetreiber. Der Angriff erfolge durch Hunderttausende automatisierte Seitenaufrufe. Man arbeite daran, die Seite wieder zum Laufen zu bekommen, hieß es aus dem Kultusministerium in München.

16.03.2020 15:50 Uhr - Unheitlicher Umgang mit Schul- und Kita-Schließungen

Wegen der Coronakrise haben Zehntausende Schulen und Kitas in Deutschland zugemacht. Die flächendeckenden Schließungen gelten in der Mehrzahl der Bundesländer seit diesem Montag. Einige Länder starten später in die Zwangspause: Baden-Württemberg, Berlin und Thüringen am Dienstag, Brandenburg am Mittwoch. Die Kinder können aber jetzt schon zu Hause bleiben. In Sachsen soll "im Laufe der Woche" entschieden werden. Die Schulpflicht gilt aber ebenfalls schon jetzt nicht mehr.

Millionen Eltern im ganzen Land versuchen nun, eine Kinderbetreuung zu organisieren. Die Schließungen werden nach jetzigem Stand fast überall bis mindestens Ostern (10.-13. April) oder eine Woche danach dauern - also vier oder fünf Wochen. Bundesweit führt dies dazu, dass fast 15 Millionen Kinder und Jugendliche die nächsten Wochen zu Hause verbringen müssen. Laut Statistischem Bundesamt gibt es rund 43 000 Schulen mit 11 Millionen Schülern sowie rund 57 000 Kitas mit 3,7 Millionen kleineren Kindern.

15:15 Uhr - Serbien: Mit Geldstrafen gegen Senioren, die sich nicht an Ausgangssperre halten

Die serbische Regierung plant, mit Geldstrafen in Höhe von 150.000 Dinar (rund 1.270 Euro) gegen ältere Bürger (ab 65 Jahren) vorzugehen, die sich nicht an die Ausgangssperre halten. Laut der Regierung stehen genug Freiwillige bereit, die für ältere Menschen einkaufen gehen.

Zudem sollen jene Strafen auch für Reisende gelten, die sich nach der Rückkehr aus dem Ausland nicht in eine 28-tägige Selbstquarantäne begeben.

In Serbien gibt es derzeit nach offiziellen Angaben 55 bestätigte Corona-Virus-Infizierte. Seit Sonntagabend gilt in Serbien nationaler Notstand. Schulen, Kitas und Universitäten sind geschlossen. Zudem wurden die Grenzen abgeriegelt. Nur serbische Staatsbürger sowie Ausländer mit gültiger Aufenthaltserlaubnis dürfen einreisen.

15:05 Uhr - Spanien: Militär und Drohnen zur Einhaltung der Ausgangssperre

14:56 Uhr - Bundesregierung schließt nicht aus, Maßnahmen wie in Österreich zu ergreifen

14:51 Uhr - NRW: Zwei weitere Corona-Virus-Todesfälle

In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Corona-Virus-Todesfälle auf acht gestiegen. Nach den sechs bis Sonntagabend bekannten Fällen sind in der Nacht auf Montag im Kreis Heinsberg zwei weitere Menschen im Zusammenhang mit einer Corona-Virus-Infektion gestorben.

Eine 94-jährige Heinsbergerin mit Vorerkrankungen sei an einer Lungenentzündung im Krankenhaus Heinsberg gestorben. Im Krankenhaus Erkelenz verstarb eine 81-jährige Patientin aus Heinsberg an einer Lungenentzündung. "Sie war ebenfalls durch Vorerkrankungen bereits gesundheitlich belastet", hieß es. Damit sind allein im Kreis Heinsberg insgesamt sechs Corona-Tote zu beklagen. Außerdem starb in Essen und in Düsseldorf jeweils eine infizierte Person.

14:28 Uhr - Maßnahmen gegen Corona-Virus: Brüssel wird geputzt

14:03 Uhr - Iran: 853 Todesopfer und fast 15.000 Corona-Infizierte

Erneut ist die Zahl der Corona-Virus-Opfer im Iran drastisch gestiegen. Innerhalb von nur 24 Stunden habe sich die Zahl der Toten von 724 auf 853 erhöht, sagte der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Kianush Dschahanpur, am Montag in Teheran. Die Zahl der offiziell erfassten Ansteckungen mit SARS-CoV-2 stieg im gleichen Zeitraum auf 14.991.

Die meisten Infektionen gab es erneut in der Hauptstadt Teheran mit über 3.700. Gleichzeitig seien fast 5.000 infizierte Patienten geheilt aus den Krankenhäusern entlassen worden, sagte der Sprecher im Staatsfernsehen. Unter den Toten war auch ein Mitglied des Expertenrats, ein Gremium für klerikale Angelegenheiten. Haschem Bathaei starb Medienangaben zufolge im Alter von 78 Jahren an den Folgen des Corona-Virus.

13:43 Uhr - Schweiz: Sprunghafter Anstieg der Zahl der Corona-Infizierten

Laut dem Schweizer Bundesamt für Gesundheit (BAG) sind derzeit rund 2.200 Menschen infiziert. Innerhalb eines Tages seien demnach 841 neue Fälle dazu gekommen. Bisher sind 14 Menschen am Virus gestorben. Bisher wurden in allen Schweizer Kantonen Infektionen bestätigt, fünf Kantone haben den Notstand ausgerufen. In der Schweiz sind wegen der Corona-Virus-Pandemie sämtliche Schulen vorerst bis zum 4. April geschlossen.

13:20 Uhr - Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter schließen: Keine persönlichen Termine, Zahlungen laufen weiter

Hartz-IV-Empfänger müssten während der Corona-Krise nicht mehr persönlich bei ihrem Jobcenter vorsprechen, sondern es reiche häufig der telefonische Kontakt, teilte die Bundesagentur für Arbeit mit.

Arbeitslosengeld- und Hartz-IV-Beziehende erhalten weiterhin ihre Bezüge. Beratungen sollen ab Mittwoch nur noch per Telefon stattfinden. Anträge, Widersprüche und anderes sollten in die Briefkästen der einzelnen Jobcenter geworfen werden. Die Möglichkeit zum persönlichen Kontakt bleibe nur für Notfälle erhalten. Termine müssten nicht abgesagt werden. Ein nicht eingehaltener Termin werde keine Rechtsfolgen nach sich ziehen.

"Eine Arbeitslosmeldung kann auch telefonisch erfolgen. Ein Antrag auf Grundsicherung kann formlos in den Hausbriefkasten der Dienststelle eingeworfen werden", teilte die Bundesagentur für Arbeit mit.

13:00 Uhr - 730 Freiwillige melden sich beim Sanitätsdienst der Bundeswehr

Der Sanitätsdienst der Bundeswehr hat auf seinen Aufruf an Reservisten wegen der Corona-Krise seit Freitag 730 Anfragen erhalten. Davon können recht zeitnah 380 Reservistinnen und Reservisten beim Sanitätsdienst der Bundeswehr eingesetzt werden", sagte ein Sprecher des Sanitätswesens am Montag.

Es habe sich auch Fachpersonal gemeldet, das vorher noch nicht bei der Bundeswehr arbeitete. Diese Interessenten seien an zivile Hilfsorganisationen – wie das DRK, die Johanniter oder die Malteser – verwiesen worden.

Um Reservisten kurzfristig für den Dienst in sogenannten stationären Gesundheitseinrichtungen der Bundeswehr zu gewinnen, hatte der Sanitätsdienst eine Hotline unter der Nummer 0261 896 32444 eingerichtet. "Insbesondere geht es hier um Pflegefachkräfte für die Intensivpflege, die Krankenpflege, aber auch Notfallsanitäter und medizinisch-technische Laborassistenten", so ein Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung.

16.03.2020 12:34 Uhr - Berliner S-Bahn im Kampf gegen Corona-Virus: Türen öffnen am Bahnsteig automatisch

12:20 Uhr - VW schließt vorläufig Werke in Italien und Spanien – In China wird Fertigung wieder aufgenommen

Der deutsche Autohersteller Volkswagen legt seine Werke in Spanien und Italien vorläufig still. Auch ein Werk der Konzerntochter Seat in Spanien ist betroffen. In Italien hat VW die Fertigung von Lamborghini und Bugatti eingestellt. In Spanien steht die Produktion in den Werken Martorell und Navarra still, nachdem die spanische Regierung den Ausnahmezustand verhängt hat. Ab Dienstag werden alle VW-Kantinen in Deutschland geschlossen. Die Mitarbeiter sollen sich bereits ab Montag selbst verpflegen.

In China dagegen haben nun bereits 31 der insgesamt 33 VW-Werke ihre Fertigung wieder aufgenommen.

12:06 Uhr - Ausnahmezustand in Teilen Australiens

In Teilen Australiens ist der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Damit wollen der südöstliche Bundesstaat Victoria und das Gebiet um die Hauptstadt Canberra die Verbreitung von Covid-19 eindämmen. Der Regierungschef von Victoria, Daniel Andrews, sprach am Montag von einer noch nie da gewesenen Notfallsituation für die öffentliche Gesundheit. Der Schritt gibt den Behörden etwa das Recht, Quarantäne über Orte und Menschen zu verhängen sowie den Bewegungsradius einzuschränken. In Australien gibt es mehr als 300 bestätigte Fälle des Virus. Am Sonntag hatte die Regierung angekündigt, dass alle Einreisenden nach ihrer Ankunft 14 Tage in heimische Quarantäne oder im Hotel bleiben müssen.

11:25 Uhr - Reisekonzern TUI stellt Betrieb weitgehend ein – Will Staatsgarantien

Der Touristikkonzern TUI setzt wegen der Corona-Virus-Krise den größten Teil seiner Reiseaktivitäten aus. In dem sich gegenwärtig schnell verändernden Umfeld bleiben die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Gäste und Mitarbeiter auf der ganzen Welt von höchster Wichtigkeit. Deshalb hat der TUI Konzern (...) beschlossen, den größten Teil aller Reiseaktivitäten, einschließlich Pauschalreisen, Kreuzfahrten und Hotelbetrieb, bis auf weiteres auszusetzen", hieß es aus dem Konzern.

Um die Folgen der Krise auf das Jahresergebnis zu mildern, sollen die Kosten nun deutlich gesenkt werden. Zudem will der Konzern Staatsgarantien zur Unterstützung beantragen, bis der normale Geschäftsbetrieb wieder aufgenommen werden kann. Aktuell verfügt TUI eigenen Angaben zufolge noch über Finanzmittel und verfügbare über eine Liquidität in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro.

11:22 Uhr - Nord- und Ostseeinseln für Touristen abgeriegelt

Norddeutsche Inseln sind für Touristen auf unbestimmte Zeit abgeriegelt. Darauf haben sich die Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen am Sonntagabend verständigt. Betroffen sind in Schleswig-Holstein Sylt, Amrum, Föhr, Fehmarn und die Halbinsel Nordstrand. Dort ist die Sperre seit 6.00 Uhr heute früh in Kraft.

In Mecklenburg-Vorpommern betreffen die Maßnahmen die Inseln Rügen, Usedom, Hiddensee und Poel. Dort wird die Sperre schrittweise eingeführt.

Nur Anwohnern, die ihren ersten Wohnsitz auf den Inseln haben oder Beschäftigten, die auf den Inseln arbeiten, ist der Zugang noch gewährt. Urlauber, die sich bereits auf einer der Inseln aufhalten, werden gebeten, den Heimweg anzutreten.

11:20 Uhr - Baden-Württemberg will Flugverkehr stoppen

Die baden-württembergische Landesregierung will den Betrieb an allen Flughäfen des Bundeslandes wegen des Corona-Virus einstellen. Reisende aus dem Ausland sollen aber noch zurückgeholt werden.

11:15 Uhr - Tschechien riegelt 21 Städte und Dörfer ab

Die tschechische Polizei hat 21 Städte und Dörfer im Osten des Landes abgeriegelt. Betroffen sind unter anderem Litovel (Littau) mit knapp 10.000 und Unicov (Mährisch Neustadt) mit rund 11.400 Einwohnern. Die Menschen dürfen die Orte nicht mehr verlassen, von außen darf niemand hinein. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten werde aber sichergestellt, teilten Gemeindevertreter mit. In der Gegend, die rund 200 Kilometer östlich von Prag liegt, gibt es 25 bestätigte Infektionen mit dem neuartigen Corona-Virus SARS-CoV-2.

In der Nacht zu Montag hatte die Regierung des Ministerpräsidenten Andrej Babiš die Bewegungsfreiheit aller Menschen in Tschechien drastisch eingeschränkt. Die Bürger wurden aufgefordert, sich an ihrem Wohnort aufzuhalten und zwischenmenschliche Kontakte zu meiden. Ausnahmen gelten unter anderem für den Weg zur Arbeitsstätte und zurück, den Einkauf von Lebensmitteln sowie Arztbesuche und Parkspaziergänge. Wie das kontrolliert werden soll, blieb zunächst unklar.

Ausländer ohne Wohnsitz in Tschechien dürfen nicht mehr in den EU-Staat einreisen. Umgekehrt dürfen Tschechen nicht mehr ausreisen. Ausgenommen sind grenznahe Pendler. Vor dem Grenzübergang Pomezí nad Ohří bildeten sich am Morgen kilometerlange Staus von Tschechen, die nach Deutschland zur Arbeit fahren wollten.

Schulen, Restaurants, Kneipen und Geschäfte, außer Supermärkten und Apotheken, sind geschlossen. Die Behörden meldeten bisher 298 bestätigte Infektionen. Todesfälle sind bisher nicht bekannt.

11:13 Uhr - Kölns Oberbürgermeisterin Reker positiv auf Corona-Virus getestet – in Quarantäne

Nach Kontakt mit einer positiv auf das Corona-Virus getesteten Person befindet sich Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) in häuslicher Quarantäne. Das teilte die Stadt am Montag mit. Sie weise bisher aber keine Symptome auf und fühle sich gut. "Ihre Dienst- und Amtsgeschäfte erledigt sie von zu Hause aus", erklärte Rekers Sprecher. Die Quarantäne habe auf Anraten des Gesundheitsamtes am Sonntagabend begonnen.

10:55 Uhr - Söder: Katastrophenfall in Bayern wegen Corona-Krise gilt ab sofort

Bayern hat wegen der grassierenden Corona-Virus-Pandemie den Katastrophenfall ausrufen. Das sagte Ministerpräsident Markus Söder am Montag vor Journalisten in München. Die Lage sei sehr ernst und verändere sich täglich, "leider nicht zum Guten", so Söder. Die Infektionsketten könnten nicht mehr nachvollzogen werden, wie noch vor einigen Wochen. Deswegen müssten die Maßnahmen jetzt angepasst werden.

Seit Montag sind alle Schulen und Kindergärten im Freistaat geschlossen. Der Freistaat weitete die Beschränkungen weiter aus. Auch Sportplätze und Spielplätze sollen gesperrt werden. Ab Dienstag werden Bars, Kinos und Schwimmbäder geschlossen, ab Mittwoch auch ausgewählte Geschäfte, die nicht zur Grundversorgung notwendig sind.

Um die Grundversorgung mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Produkten sicherzustellen, weitet Bayern aber die Ladenöffnungszeiten für bestimmte Geschäfte aus: Supermärkte, Lebensmittelgeschäfte, Drogerien, Apotheken, Tankstellen, Banken und einige weitere Geschäfte dürfen unter der Woche nun bis 22.00 Uhr öffnen und auch sonntags geöffnet haben. Speiselokale sollen zudem nur noch von 6.00 bis 15.00 Uhr öffnen dürfen. In Innenbereichen soll es Mindestabstände zwischen den Gästen geben.